

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 25. Mai 1932

Nummer 42

Gewerkschaften und Wirtschaftskrise

Peter Grafmann in der 62. Sitzung des Reichstags am 10. Mai 1932

I. Das Verlagen des kapitalistischen Systems

Wenn man in der letzten Reichstagsdebatte die Redner sich zu den uns am schwersten auf der Seele liegenden Fragen äußern hörte, so vollzog sich das alles, ich möchte sagen, rein rechenmäßig mit der Rechenmaschine. Es wurden Begriffe aufgestellt, die anscheinend ihre ewige Bahn am Horizont verfolgen, unbeeinträchtigt darum, was aus dem Menschen wird. Wenn wir Äußerungen hören, wie sie der Abgeordnete Dr. Bang gemacht hat, die ungefähr lauten: Ursache alles Übels ist nicht das Kapital, sondern die Kapitalzerstörung; wenn wir uns vergegenwärtigen, daß diese selbe Wirtschaft, dieses selbe Kapital sehr unwirtschaftlich, von seinen eignen Interessen aus gesehen geradezu ruhmlos wirtschaftet, dann sind solche Jeremiaden vor dem Forum des Reichstags aus wirklich deplaciert.

In der deutschen Wirtschaft, die angeblich nicht über den Tag hinwegkommt und von dem schwersten Jagen um die Zukunft erfüllt ist, werden heute zweieinhalb bis drei Direktoren beschäftigt als vor dem Krieg, als es uns gut ging. In dieser verarmten Wirtschaft beziehen 100 000 Aufsichtsräte ungefähr so viel — wenigstens in den guten Jahren 1928, 1929 — wie die Gesamtschüttung der Dividende an die Aktionäre betrug, nämlich den Riesenbetrag von 1½ bis 2 Milliarden. In diesen Aktiengesellschaften, in denen also die Zuwendungen für die Leistung, die manchmal sehr unsachverträglich ist, nahezu 2 Milliarden betragen, wurden 4 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die bei Vollarbeit für ihre Tätigkeit 8 bis 9 Milliarden Einnahmen hatten, in derselben Zeit, in der die wenigen Zehntausende von Aufsichtspersonen und sonstigen leitenden Beamten den vierten Teil des Betrags für ihre aufreibende Tätigkeit in Empfang nahmen.

Wenn der Abgeordnete Gregor Straßer sagte, es sei durchaus abwegig, daß man immer von der Beschleunigung des Kapitals rede, daß es an sich sehr richtig sei, wenn man Kapital zu einem bestimmten Zweck an eine bestimmte Stelle bringt, denn dann arbeite es ja — so haben wir gegen eine derartige Verwendung von Kapital nichts einzuwenden. Nur ist die Formulierung falsch! Unter Beschleunigung des Kapitals verstehen wir die Hereinnahme unter Umständen sehr drückender Kapitalkosten für Einrichtungen, die in ganz kurzer Zeit einschießen, die also anderen Stellen, wo das Kapital wirklich rentabel hätte gemacht werden können, die notwendigen Gelder entziehen. Aus der Fülle derartiger Fehlgriffe sollen nur zwei hervorgehoben werden.

Mitte Januar 1932 nahm der Stahltrust eine neue Zentralschachtanlage auf der Zeche „Johanneis“ in Betrieb, deren Bau etwa 70 Millionen gekostet hat. Wirtschaftliches Ergebnis? Eine neue Schachtanlage des Stahltrusts, die zwar 1200 Arbeiter erparzt; aber die Zinstosten belaufen sich auf ein Vierfaches dieser Ersparnis! Ich will vom sozialen Charakter, ich will vom gesellschaftlichen Charakter einer solchen Maßnahme überhaupt nicht reden, ich will die Sache nur wirtschaftlich anprangern.

Ein zweiter Beweis! Der Zementkonzern Ewald hat Ende 1931 eine neue Anlage fertiggestellt, bestehend aus einer großen Schachtanlage mit einer Million Tonnen Förderleistung, mit einer modernen Großfotografie und einer angegliederten Stahlfabrik. Die Kosten betragen 90 Millionen, finanziert mit kurzfristigen Auslandsanleihen. Der Ewaldkonzern läßt — und nun kommt wieder das Charakteristische — in seiner neuen Schachtanlage zwei Monate lang mit Hochdruck Kohlen fördern, und zwar, um die Leistungsabweisung zu erbringen, damit er eine entsprechende Quote bekommt, obwohl diese Kohle nicht verkauft, sondern auf Halben gelegt wird. Aber nicht wahr, man muß sich seine Anwartschaft, seine Quote beim Kohlenmarkt sichern! Da sich herausstellte, daß die neue Schachtanlage infolge schlechter Ausnutzung wesentlich höhere Förderungskosten hat als die alten Schächte, wird sie stillgelegt. Die Kohlerei kann nicht ausgenutzt werden, die Stahlfabrik nur mit einem Drittel ihrer Kapazität. Man hat den Fall der Gewerkschaft Ewald geradezu als einen klassischen Schulfall maßloser Ineffizienz bezeichnet.

Die Bemberg-Aktiengesellschaft in Siegburg baut eine neue Kunsstofffabrik. Der Rohbau ohne die Maschinen-

einrichtung kostete 5 Mill. M. Diese Fabrik ist gar nicht erst in Betrieb genommen worden. Sie steht heute weißbittend zum Verkauf. Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!

Das Institut für Konjunkturforschung, eine gewiß unverdächtige Quelle, sagt in seiner Industrieberichterstattung, daß im März 1931 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Verhältnis der Arbeitsstundenkapazität 45,1 Proz. und im März d. J. 34,9 Proz. betrug. Also eine unverantwortliche Vergewandung von Produktionsanlagen, die nach dem Sinken der Produktivität und nach dem Sinken der Absatzmöglichkeiten zum großen Teil mit unendlichen Kosten, mit unendlichen Auslandschulden erst hergestellt worden sind.

Wenn man das Sinken des Verbrauchs als ein Merkmal der Verarmung unfres Volkes bezeichnen kann, dann darf ich an einigen, nicht absolut zum Leben notwendigen Gütern in bezug auf die Verbrauchsmenge folgendes feststellen. In tausenden (ons gerechnet) betrug der Verbrauch vom Januar bis März 1931 in Zucker 276, Januar bis März 1932 236, in Kaffee im vorigen Jahr 45, in diesem Jahr 35, in Süßrühen im vorigen Jahr 234, in diesem Jahr 182. In seinem Wochenbericht vom 13. April d. J. führt das Institut für Konjunkturforschung folgendes aus:

„Bis in das Jahr 1931 hinein sank vor allem die Produktion an Gütern des elastischen Bedarfs, d. h. also jenes Bedarfs, den man ausweichen kann, den man nicht unmittelbar zum Leben braucht, dessen Gewinnung, dessen Arbeit eine Zeitlang zurückgestellt werden kann. Seit Mitte 1931 ist umgekehrt die Produktion der Güter des starren Bedarfs stärker vom Rückgang ergriffen worden. Dieser Wechsel in den Kräfteverhältnissen zeigt die besondere Schwere der gegenwärtigen Depression. Die letzte Reserve auf der Verbrauchseite, der Verbrauch an Gütern des starren Bedarfs, ist in dem Abwärtsschlag begriffen.“

Wir sehen, daß die fortgesetzten Lohnsenkungen, die immer von einem Anschwollen der Arbeitslosenziffer begleitet waren, heute neben all den Droßmaßnahmen der Länder und der Gemeinden zu einem Zustand geführt haben, der so schlimm ist, daß jeder Deutsche von Scham erfaßt sein müßte. Wir sehen heute in Deutschland eine Erscheinung, die wir vor dem Krieg als ein Charakteristikum des Orients betrachteten, eine Zunahme des Bettels, die zu einer öffentlichen Kalamität für den ruhigen Speißer geworden ist. Sie können heute in Berlin in den Verkehrsstunden keinen Niedergang zu einer Untergrundbahn benutzen, ohne auf Bettler zu treffen. Sie finden in den Hauptverkehrsstraßen, Sie finden an den belebten Straßenecken heute Leute stehen, die um Almosen bitten, und Sie finden von Tür zu Tür gehend Leute, denen es ein furchtbares Opfer bedeutet, daß sie in dieser entsetzlichen Not die Hilfe ihrer Mitbürger in Anspruch nehmen müssen. Wir haben festgestellt müssen, daß es sich hier nicht um eine Einzelercheinung vielleicht der Großstadt Berlin und anderer Großstädte handelt. Berichte, die uns zugegangen sind, weisen darauf hin, daß infolge des Mangels an Mitteln der Gemeinden, die ihre Volkshilfsunterstützungsempfänger nicht ausreichend unterstützen können, es heute dazu gekommen ist, daß im Reichswald Erwerbslose in Massen seit Wochen und Monaten sich ihren notwendigen Lebensunterhalt erbetteln. In Baden hat sich eine Notgemeinschaft gebildet, die einen Hilferuf an die gesamte badische Bevölkerung erlassen hat mit dem Hinweis, es gäbe Familien, die wochenlang ohne Brot sind. Ähnliche Nachrichten kommen aus dem Murgtal, aus dem Wiesental, aus der Hardt, aus der Gegend von Mannheim, aus dem Thüringer Wald und aus dem Bayerischen Wald.

Und was haben uns die Vertreter der Wirtschaft, die heute und gestern auch zu Worte gekommen sind, an Auswüchsen zu sagen gehabt? Nichts. Sie haben die Notmaßnahmen bemängelt, die die Regierung ergriffen hat, um den Sozialetat einigermaßen in Gang zu halten. Sie haben uns im übrigen begreiflich gemacht, daß es eben Dinge und Begriffe gäbe, wie Wirtschaft und Geld, die gewissermaßen als ewige Einrichtungen vorhanden seien, an denen nichts zu ändern wäre, die ihren eignen Gesetzen unterlägen, denen sich nun das arme Wurm-Menschheit anpassen müsse. Welche furchterliche Bankrotterklärung liegt in

diesem Armutszeugnis, das hier ausgesprochen wird! Die Leute, die vor aller Welt als die Leiter der Banken, der Finanzgeschäfte angesehen wurden und sich selber damit groß getan haben, geben zu, daß das richtig ist, was Keynes vor kurzen geschrieben hat:

„Mein eigenes Urteil geht dahin, daß die Bankiers der Welt zum Selbstmord entschlossen sind.“

An einer andern Stelle sagt Keynes:

„Es ist offensichtlich, daß die Gegenwartstendenzen sich nicht viel weiter fortsetzen können, ohne daß etwas zerbricht. Ich bin nicht ganz sicher, daß die wirklich kritischen Zusammenbrüche nicht bei den Banken erfolgen.“ Ein ebenfalls unverdächtigter Zeuge, Professor Riisch, sagt in dem Sammelwerk „Moderne Organisationsform der öffentlichen Unternehmung“:

„Diese Mißstände, die Abwertung des Verbrauchs, das Verschleudern der Schätze des nationalen Bodens und des Produkts der nationalen Arbeit im Dumping, die unerhörte Verschärfung der Konjunktur verlangen gebieterisch eine durchgreifende Änderung des Systems.“ Er verlangt als Auswirkung seiner Beweisführung zum Mindesten die Vergeßlichkeit des Vergewandten.

Um das Bild abzurunden, gebe ich noch das Urteil eines Mannes wieder, der in allen Kreisen Vertrauen genießt, den man als den Prototyp eines soliden Geschäftsmannes ansprechen kann; denn er hat den berühmten Vortragskreuzer an einer Zeit herausgeschmissen, als dieser noch in aller Welt als das Finanzgenie der Welt angesehen wurde. Der Gouverneur der Bank von England Montague Norman hat in einem Brief an den Gouverneur der Bank von Frankreich im August vorigen Jahres geschrieben:

„Went ferne radikalen Maßnahmen ergriffen werden, um das kapitalistische System zu retten, dann wird es binnen einem Jahr in der ganzen zivilisierten Welt zerfallen sein. Ich wünsche, daß diese Prophezeiung aufgeklärt werde, damit man sie zu gegebener Zeit nachprüfen kann.“

Das Ergebnis all dieser falschen, ihrem ganzen Wesen nach notwendig fehlerhaften Maßnahmen der sogenannten Wirtschaft ist eine zunehmende Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine politische, sondern nach meinem Dafürhalten auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet und die gegenüber dem einzelnen das Unmenschliche darstellt, was man sich denken kann. Ich möchte, genau wie wir es vor einigen Wochen auf unserem Krisenkongreß getan haben, die beschämende Tatsache feststellen, daß die deutsche Öffentlichkeit anscheinend gegen die Not der Arbeitslosigkeit völlig abgestumpft ist, daß sie die gegenwärtigen Veröffentlichungen über den Stand der Arbeitslosigkeit mit derselben Gleichgültigkeit hinnimmt wie die Wetterberichte, daß nicht eingesehen und nicht voll gewürdigt wird der furchtbare Jammer des einzelnen und seiner Familie, das physische und psychische Zugrundegehen des Individuums und die ungeheure gesellschaftliche — abgesehen von der politischen — Gefahr eines Zusammenbruchs, der, je länger, je mehr sich in einem Maße auswaschen muß, das nicht mehr zu droffeln ist.

II. Das Krisenprogramm der Gewerkschaften

Ein Vertreter der äußersten Rechten, der Abgeordnete Gregor Straßer, hat ein Feldennepos vorgetragen über die Art, wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sich die Linderung der Not denkt. Sie habe sich jetzt entschlossen, nicht zu warten, bis sie in den Besitz der Macht komme, sondern sie will das bis dahin sorgfältig gehütete Geheimnis dessen, was sie tun wolle, heute schon auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen und preisgeben. Dem gegenüber darf ich daran erinnern, daß die von dieser Sekte so viel geschmähten freien Gewerkschaften und die übrigen Gewerkschaften sowie die Sozialdemokratische Partei seit mehr als zwei Jahren unausgesetzt an allen Stellen gewirkt und gehorht, gemacht und gefordert haben, rechtzeitig einzugreifen, ehe die Arbeitslosigkeit mit ihren schrecklichen Folgewirkungen sich zu einer solchen Lawinengefahr auswasche.

Die Forderungen der letzten Jahre

Im Januar 1930 haben die Spitzengewerkschaften eine planmäßige Arbeitsbeschaffung, im Februar ein Verbot der Überstunden und Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Im Mai 1930 wurde auf einer großen Kundgebung eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden gefordert. Man hat darauf hingewiesen, es sei notwendig, die Auftragserteilung zu rationalisieren, es sei ein volks-

wirtschaftlich unerhörter Zustand, daß in einer Zeit, in der Aufräufung aus der Privatwirtschaft noch einermäßigen für Beschäftigung sorgten, mit Überstunden gearbeitet wurde, während nach Ablauf der Lieferungsfristen dieser Aufträge keine Möglichkeit vorhanden sei, solche der öffentlichen Hand zu erlangen.

Im Februar 1931 sind die Spingengewerkschaften beim Reichspräsidenten gewesen. Sie haben ihm als dringendste Gegenwartsaufgabe vorgestellt die Wiedereinführung der Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und haben zufällige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand gefordert. Wir haben dieses Programm im Sommer vorigen Jahres auf unserm Kongreß in Frankfurt erweitert, wo wir den Gedankengang aufgriffen, den der — und die deutsche Arbeiterkraft ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit — sich dieser meiner Trauer anschließt — leider — allzufrüh dahingehende Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, mit der ganzen Energie, die ihm innewohnte, und mit dem ganzen Eifer der Begeisterung, über die er verfügte, durchzuführen versuchte, eine Arbeitsbeschaffung mit internationaler Kreditbeschaffung, ohne Abgabe, die unsern deutschen Arbeitsmarkt jedenfalls wesentlich zu unsern Gunsten entlastet hätte.

Wir haben es auf unserm Kräftenkongreß am 13. April bei der Feststellung des derzeitigen Zustandes als einen Stand festgesetzt, daß angesichts einer Arbeitslosenquote von mehr denn 6 Millionen in Deutschland in gewissen Erwerbszweigen immer noch über 48 Stunden gearbeitet wird und darüber hinaus vielfach sogar noch Überstunden gemacht werden, daß den Arbeitslosen und den zum Teil neuen Arbeitslosen — mir ist bekannt, daß es in der Schuhindustrie Zehntausende gibt, die seit 6 Jahren ununterbrochen arbeitslos sind — von Pensionären und Doppelverdienern das Brot weggenommen wird.

Wir haben als Schlussfolgerung dieser Beurteilung der Lage erklärt, daß zur Arbeitsbeschaffung auch die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten gehört, und daß all das, was an Einwänden und Bedenken aus Unternehmenskreisen erhoben wird und was bisher auch für das Zögern der Reichsregierung maßgebend gewesen ist, nicht zureichend ist: all die Bedenken, die dahin gehen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Steigerung der Produktionskosten nach sich zieht, während Kostensenkung die einzige Hilfe sei.

Ich, seit Jahr und Tag hat man aus derselben Dönerwelt heraus die Löhne gesenkt und dabei als einziges Ergebnis erzielt, daß die Arbeitslosenquoten gestiegen sind, und daß es der Wirtschaft immer schlechter gegangen ist. Die so oft auch hier im Haus und von dieser Stelle aus behauptete Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften hat sich schließlich doch als richtig erwiesen, die Bedeutung des inneren Marktes für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt hat sich immer tiefer auf das deutlich gezeigt.

Man sieht hier die Erklärung, daß von der wirtschaftlichen Seite her in absehbarer Zeit eine natürliche Konjunktur kaum zu erwarten ist. Die Tatsache, daß sich, man möchte sagen, aus einer Selbstmordmanie heraus die Länder mit tyrmischen Schuttmauern umgeben, muß selbstverständlich die verhängnisvollsten Wirkungen haben. Wir haben ja von dieser Stelle aus gehört, daß auch für Deutschland schließlich kein anderer Weg übrigbliebe als der verhängnisvolle Weg der Autarkie. Was würde denn für ein Volk, dessen Nahrungsraum durch die Verträge noch kleiner geworden ist als der Nahrungsraum im Jahre 1914 war, das landwirtschaftliche Überschüsse verlieren hat, das Bekennnis zur Autarkie bedeuten? Die selbstverständliche Folge würde sein, daß alle die Länder, mit denen wir bisher im Kaufverlehr gelebt haben und die uns, nicht zuletzt fühlend auf unsern eignen Zollgesetzgebung, das Leben sauer machten, und unsern Export drohten, erst recht jede Ausfuhr aus Deutschland unmöglich machen würden. Und könnten wir bei der Bevölkerungsstruktur Deutschlands es wagen, auf die dazwischen liegenden hin, daß vielleicht in Jahrzehnten das Programm, das Gregor Strömer uns hier vorgeführt hat, durchgeführt wird und — was noch sehr fraglich ist — zum Erfolg führt, uns zur Autarkie zu bekennen? Sie heute auf ein solches Programm zu verlassen — ich sage immer wieder: unter den günstigsten Vorzeichen — das erst in Jahren, oder Jahrzehnten wirksam werden könnte, würde eine Vogel-Strauß-Politik bedeuten, um deren Anwendung — von der Erwähnung gar nicht zu reden — ich die Propheten dieses Programms nicht beneide.

Der Kräftenkongreß der Gewerkschaften hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, von denen wir uns eine unmittelbare Wirkung versprechen.

Die Not der arbeitslosen Jugendlichen

Es ist notorisch, daß heute das jüngere Element den größeren Anteil der Beschäftigungslos abgibt, nicht nur vielleicht aus physischen Erwägungen der Arbeitgeber heraus, die die älteren Arbeiter länger in den Betrieben lassen, sondern auch infolge von Maßnahmen, zu denen das Betriebsratsgesetz die Handhabe gibt. Der Buchdruckerverband hat vor kurzem eine satzungsmäßige Erhebung vorgenommen, die fünf Siedelorte der gesamten Mitglieder umfaßt, und er hat festgestellt, daß von den in diesem Spielraum gezählten 16 000 arbeitslosen Mitgliedern 8157, also über 50 Proz., im Alter von 18 bis 25 Jahren stehen. In einigen Bezirken steigt der Anteil der jüngeren Arbeitslosen bis zu 68 Proz.

Worin liegt die Ursache? Ein guter Teil dieser jungen Leute, die heute zu den bewährtesten, aber auch zu den am meisten gefährdeten gehören, reagieren menschlich auf einen von ihnen im tiefsten als ungerecht empfundenen

Zustand so, daß sie sich sagen: Warum soll ich mich an irgendwelche menschlichen Gesetze binden, wenn umgekehrt die andern mir gegenüber das menschliche Gesetz der Selbsterhaltung nicht achten? Diese jungen Leute, die entweder gar keine oder nur eine ungenügende Lehrzeit hinter sich gebracht haben, die infolge dieser selbst im besten Fall ungenügenden Lehrausbildung natürlich auch die geringste Anwartschaft auf Einstellung in freie Stellen haben, bilden heute nicht nur eine große politische Gefahr — sind das Klientel der beiden extremen Fraktionen, von denen sie eine halbtägige Minderung ihres Elends erwarten —, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr, weil sie sich, wie ich schon sagte, an die bestehenden Grenzen der Gesellschaft nicht mehr ethisch gebunden erachten, und eine wirtschaftliche Gefahr im Hinblick auf die künftige industrielle Stellung Deutschlands. Denn — wenn einmal der alte Stamm der hochqualifizierten Spezialarbeiter ausfällt oder arbeitsunfähig wird, und wenn dieser Zustand des Heranwachsenden ungelerteter oder notdürftig ausgebildeter Arbeiter anbauert, dann sieht es um die Ausfuhr Deutschlands auf dem Weltmarkt verdammt schlecht aus.

Die Verkürzung der Arbeitszeit

Wenn meine Partei und die Gewerkschaften zu sehr drastischen Vorschlägen gekommen sind, um der Arbeitslosigkeit fühlbar zu weichen zu gehen, und zwar binnen kürzester Frist, so aus dem Grunde, weil wir der Meinung sind, daß gegenüber der gigantischen, der über alles menschliche Vernunftmaß hinausgehenden Nationalisierung selbst ein Anziehen der Konjunktur angesichts des vorhandenen menschlichen Apparats, angesichts aller der Einrichtungen und Methoden, die man mit dem Sammelnamen „Nationalisierung“ umreißt, ein gut Teil der Arbeitslosen übrig lassen würde. In der Schuhindustrie z. B. ist die Produktion in den Jahren von 1927 bis 1930 — das statistische Ergebnis aus dem letztverfloßenen Jahr liegt noch nicht vor — um 10 Proz. zurückgegangen, während die Arbeitslosenquote in demselben Zeitraum um 60 Proz. gestiegen ist. Das Weser ist weitgemacht worden durch arbeitende Maschinen. Die Folgezeit ist sehr einfach. Auch bei günstiger Konjunktur würden ungefähr 30 Proz. der Schuharbeiter in der Schuhindustrie keine Beschäftigung bekommen.

Bei dieser Entwicklung sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften der Meinung, daß die Arbeitszeit angesichts des ganzen technischen Apparats und angesichts der arbeitssparenden Methoden weit unter 40 Stunden kommen könnte.

Der Referententwurf, den das Arbeitsministerium jetzt zur Begutachtung durch die Gewerkschaften und Unternehmer vorgelegt hat und der nur acht Erwerbsgruppen umfaßt, kann uns durchaus nicht befriedigen. Wir verlangen die Ausdehnung der Arbeitszeitverkürzung auf alle Erwerbsgruppen. Wir vermischen vor allen Dingen, daß eine ausnahmslos alle Erwerbsgruppen, die Metallindustrie, in diesen acht Gruppen genannt wird. Wir können uns nicht mit dem Einwand abfinden, daß beispielsweise die Eisenerzeugung eine Betriebsform habe, die eine derartig radikale Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Einstellung neuer Schichten nicht vertrüge. Wirtschaft- und Industrie haben ganz andre Ausflüchte fertiggebracht, als daß sie nicht in bezug auf ihre Betriebsnorm sich einer Notwendigkeit beugen müßten, die nach meinem Dafürhalten unbedingt erfüllt werden muß.

Selbst dann — ich habe vorhin schon an dem Beispiel der Schuhindustrie darauf hingewiesen —, wenn es uns gelänge, im Zeitraum von vielleicht zwei, drei Monaten durch irgendein unvorhergesehenes Wunder in der Welt — sagen wir ausdrücklich Wunder — eine Konjunktur in Deutschland hervorzurufen, die ungefähr der von 1929 gleiche, selbst dann würden wir die vorhandene maschinelle industrielle Apparatur, die sogenannte Wirtschaftskapazität, nur bis zu einem Maß von 75 Proz. ausnützen können. Was soll denn aber mit den andern geschähen, die auch bei der günstigsten Konjunktur nicht in Arbeit kommen? Wer nimmt sich dieser, ich möchte sagen, beruflich Arbeitslosen an, der Schichten, die auch beim besten Willen nicht in Arbeit kommen können, wenn nicht radikale Maßnahmen getroffen werden, und denen nur geholfen werden kann, wenn alle Schichten in Deutschland unerhörte Opfer auf sich nehmen.

Unter dem Gesichtswinkel dieser unerhörten Opfer haben wir den Mut gefunden, unsern Mitgliedern nach all dem Vorausgegangenene eine Arbeitszeitverkürzung bis auf höchstens 40 Stunden zuzumuten. Wir müssen uns dem Grund auch verlangen, daß diesem unsern Vorhaben von den übrigen Erwerbsgruppen in Deutschland nicht nur kein Widerstand entgegengesetzt wird, sondern daß man sich zu einem derartigen Opfer aus dem Grund bekennet, weil — wir wollen es einmal ganz bitt und offen sagen — es um Kopf und Kragen auch der andern geht.

Diese kürzere Arbeitszeit in Verbindung mit einer andern Maßnahme, die wir gleichfalls am 13. April vorgeschlagen haben, mit der Arbeitsbeschaffung, ist zwar zur Zeit eine Notstandmaßnahme; aber sie wird eine Dauererscheinung werden. Die Arbeitszeitverkürzung wird um so dringlicher und um so durchgreifender sein müssen, je mehr der menschliche Erfindungsgeist und je mehr das für solche Zwecke immer noch disponible Kapital arbeitssparende Maschinen baut und einrichtet und arbeitssparende Methoden einführt.

Wir müssen allerdings verlangen, daß diese Verkürzung der Arbeitszeit mit einem Einklinkungszwang verbunden ist. Denn daß dieses ungeheure Opfer, das die Arbeiterkraft auf sich nehmen soll, womöglich noch mit einem Gewinn auf der andern Seite verbunden werden soll, das man sich in den Glauben wiegt, man könnte mit einer ver-

kürzten Arbeitszeit das selbe Arbeitsquantum erreichen, diesen Glauben müssen wir energig herkören. Aus diesem Grund müssen wir den Einstellungszwang fordern.

Die öffentlichen Gewalten können an solchen Dingen unmöglich vorbeigehen. Es ist beispielsweise unmöglich, daß bei der Reichsbahn die Arbeitszeit einer ganzen Reihe von Arbeitergruppen der Arbeitszeit über, wenn Sie wollen, der Arbeitsbereitschaft der Beamten angegliedert ist. Das hat nämlich zur Folge, daß in einer ganzen Reihe von Einrichtungen die Arbeitsbereitschaft bis zu 92 Stunden die Woche beträgt, daß bis zu 55 und 56 bezahlte Arbeitsstunden in diesem Spielraum liegen.

Die Arbeitsbeschaffung

Wir haben auf dem Kräftenkongreß gleichzeitig mit der Forderung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für alle Erwerbsgruppen ohne Ausnahme auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt.

Wir wollen eine möglichst zweckmäßige und billige Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes. Die Kosten der Straßenedeninstandhaltung in Deutschland betragen jährlich zwischen 30 und 60 M. je Geviertmeter. Unterbleibt diese Instandhaltung zwei oder drei Jahre, so entsteht infolge der steigenden Beschädigung der Straßenden ein unermesslicher Kostenaufwand von 2,50 M. je Geviertmeter. Je länger man also wartet, desto dringender wird die Notwendigkeit, größere Summen aufzuwenden. Wir wollen Arbeiten zum Schutz bei Hochwassergefahr. Wir wollen, daß dem Kleinwohnungsbau, namentlich im Hinblick auf die verzweifelten Verhältnisse in den Bauwerken, in denen bis über 90 und 92 Proz. Arbeitslose vorhanden sind, und in denen auch der Anbruch der milderen Witterung infolge der ungenügenden Mittel, die für den privaten Wohnungsbau zur Zeit vorhanden sind, keine fühlbare Besserung gebracht hat, härter geholfen wird, obgleich größere Wohnungen zur Vermietung freistehen. Wir wollen ferner die Aufwendung größerer Mittel für Hausreparaturen. Wir wollen trotz der Einwürfe der Leitungen härtere Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Wir wollen zweckmäßige Siedlungsbauten, wobei wir allerdings insofern nicht mit der Regierung einig gehen können, als diese das Hauptgewicht auf die ländliche Siedlung legt. Mit der Hergabe von Land und mit dem Erstellen eines Hauses ist dem Siedler noch lange nicht geholfen, wenn ihm, namentlich, wenn er vom Markt weit entfernt ist, nicht die Möglichkeit gegeben wird, seine Produkte bald und zwar gewinnbringend, abzusetzen. Er wird dann nach ganz kurzer Zeit dieser ihm zugewiesenen Scholle Baset sagen und die Arbeit, die er auf dieser Scholle geleistet hat, verfluchen, ganz abgesehen davon, daß man dem Siedler mit der Hergabe der Scholle und mit der Erzielung des Hauses und der Verkaufsfristen noch lange nicht über den Zeitraum hinweggeholfen hat, bis er seine erste Ernte erzielt hat.

Wir sind ebenfalls der Meinung, und haben vor Jahren schon gewünscht, daß landwirtschaftliche Meliorationen größeren Ausmaßes erfolgen sollen.

Wir haben die Zuversicht, daß dieser Plan die Beschäftigung von 900 000 bis eine Million Arbeitslosen mit zusätzlicher Arbeit auf die Dauer eines Jahres ermöglicht. Wir sind der Meinung, daß die Kofreuzrechnung, die dafür in Frage kommt — ein Betrag von 2 Milliarden Reichsmark —, besser angewendet wird, als wenn man diesen Betrag vielleicht für Lumulthäden ausgeben möchte.

Daß es sich hier nicht um ein Projektieren ins Blaue hinein handelt, sondern um einen wohlüberlegten Plan, möchte ich damit betonen, daß schon im Anschluß an die Notverordnung vom 8. Dezember vorigen Jahres die hierzu zuständige Behörde, der Reichswirtschaftsrat, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beraten hat. Im Reichswirtschaftsrat sind Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Erzeugern und Verbrauchern vereinigt, unter Zugiehung der Reichsstellen. Der Bericht des Ausschusses des Reichswirtschaftsrats umfaßt fast dieselben Arbeitsgebiete, wenn er auch in bezug auf die Neueinstellung von Arbeitskräften zu etwas geringeren Ziffern kommt.

Arbeitsdienst

In diesem Zusammenhang noch ein Wort über den Arbeitsdienst. Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind Gegner der Arbeitsdienstpflicht. Sie sehen auch im freiwilligen Arbeitsdienst nur die Möglichkeit der vorübergehenden Beschäftigung und Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser. Dabei machen sie die Einschränkung, daß der freiwillige Arbeitsdienst auch nur insoweit durchzuführen werden kann, als er die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht gefährdet. Sie sind ferner der Meinung, daß der freiwillige Arbeitsdienst nur in Frage kommt in Form der zusätzlichen Arbeit für Jugendliche als ungelernete Arbeiter, nie für verheiratete, nie für ältere Arbeiter.

Der Abgeordnete Straßer hat die Arbeitszeitverkürzung als die Ausdehnung des Elends der Erwerbslosen auf die noch Arbeitenden bezeichnet, also eine Art Generalfrierung des Elends selbst. Ich war nun sehr neugierig, was Straßer seinerseits an Stelle unser Vorschläge nennen würde. Ich habe gefunden, daß im Ausmaß des zeitlich bald beschleunigbaren das, was er namens seiner Partei vorge schlagen hat, weit zurückbleibt hinter dem, was wir Sozialdemokraten in Vorschlag bringen.

Gewerkschaften und Nationalsozialismus

Der Abgeordnete Straßer hat bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaften auch einige Artigkeiten gesagt. Er hat versucht, einen gewissen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei zu konstruieren. Dabei bestand er zu, bei den Gewerkschaften sei immer noch festzustellen, daß ein Teil

der Führer aus der Arbeit herausgewachsen sei, daß aber auch diese Führer sich wieder einmal durch die Kaufkraft fremdstämmiger Wissenschaftler ins Schlepptau nehmen ließen. Nun, wenn wir wirklich einmal Differenzen haben, dann werden sie überbrückt und aus der Welt geschafft. Ich glaube nicht, daß die Differenzen, die die Nationalsozialisten in ihrer Bewegung haben, immer so leicht überbrückt werden. Die Differenzen bei uns sind niemals so groß, wie sie aus Grund der Struktur der Nationalsozialistischen Partei in ihren Reihen sein müssen. Wie wenig aber diese Anbiederung an die freien Gewerkschaften der eigentlichen Grundeinstellung des Nationalsozialismus zu den Gewerkschaften entspricht, geht aus der Auseinandersetzung zwischen Hitler und Otto Straßer im Mai 1930 hervor. Damals hat Hitler seine Gedanken in folgender Form formuliert. Die großen Massen der Arbeiter wollen nichts anderes als Brot und Spiele.

Diesen Gedanken hat Hitler in dem Gespräch mit Otto Straßer als seine Grundauffassung festgelegt. Diese Auffassung entspricht der Überzeugung Hitlers, die er in der gleichen Unterhaltung ausgesprochen hat, daß der Nationalsozialismus eigentlich nur durchzuführen sei auf der Basis einer Herrenmoral.

Das ist Gemeingut aller nationalsozialistischen Flugblätter, das ist Gemeingut der Literatur wie der Presse des Nationalsozialismus.

Aber selbst angenommen, Otto Straßer hätte die Anschauungen Hitlers damals ungenau wiedergegeben oder die entgegenkommende Haltung Gregor Strahrs gegenüber den Gewerkschaften sei repräsentativ für eine Richtung innerhalb des Nationalsozialismus. — Wie schätzt Hitler selbst im Gegensatz zu dem, was wir heute an Mattenlängermelodien gehört haben, die Gewerkschaften ein?

Im zweiten Band seines Buches „Mein Kampf“, in der Ausgabe von 1927 auf Seite 257 schreibt Adolf Hitler:

„Wer in jener Zeit die marxistischen Gewerkschaften wirklich zertrümmert hätte, um an Stelle dieser Institution des vernichtenden Klassenkampfes der nationalsozialistischen Gewerkschaftsidee zum Siege zu verhelfen, der gehörte mit zu den ganz großen Männern unsres Volkes, und seine Büste hätte dereinst in der Wallhalle zu Regensburg der Nachwelt gewidmet werden müssen.“

Es ist unverantwortlich, daß jemand, der sich hier als Drahtentwerfer aufspielt — denn er betrachtet die Gewerkschaften ja als den vernichtenden, die Arbeiterschaft erschöpfenden Drachen —, in dieser seiner Rolle fünf kostbare Jahre vergehen läßt; dann hat er doch seine geschichtliche Mission nicht erfüllt.

In der Ausgabe von 1930 sagt Hitler auf Seite 53:

„Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing schon damals die freie Gewerkschaft über dem politischen Horizont des einzelnen. Sie war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die „Sicherheit“ und „Abhängigkeit“ der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Nation.“

Das sagt Hitler von den deutschen Gewerkschaften, die in ihrer gesamten Geschichte nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für das ganze Volk Leistungen von größter nationaler Bedeutung aufzuweisen haben. Das gilt in gleicher Weise für die Jahrzehnte vor dem Krieg wie für die Kriegsjahre selbst und die Zeit nach dem Krieg. Sie sind — eben weil sie die Arbeiter zu einer ihres Wertes bewußten Wahrnehmung ihrer Rechte erzogen haben, eben weil sie durch ihre ganze Wirksamkeit in allen Arbeitern den Willen geweckt haben, sich als freie, gleichberechtigte Glieder des Volksganges zu fühlen und zu betätigen — Wegbereiter einer umfassenderen Auffassung vom Wesen der Nation. Und sie werden sich das stolze Bewußtsein dieser geschichtlichen Leistung nicht durch die spießbürgerliche Kritik verkümmern lassen, die in diesen Ausführungen des nationalsozialistischen Führers zum Ausdruck kommt.

Die Gewerkschaften werden sich auch durch die törichtsten und jedes geschichtlichen Verständnisses baren Anschauungen des Nationalsozialismus über den Sinn und die Funktion des Klassenkampfes in der Geschichte von der entscheidenden Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft nicht abbringen lassen. Weder die Sozialdemokratie noch die Gewerkschaften haben in den 70 Jahren ihres Bestehens den Klassenkampf erfunden, sondern sie haben ihn vorgefunden. Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter entstand aus der Vereinfachung des einzelnen, entstand aus dem fürchterlichen Zustand, daß der Arbeiter auf Grund des alten Arbeitsverhältnisses mit dem Arbeitgeber einen sogenannten freien Arbeitsvertrag abschließen konnte. Gewiß, er konnte es auch bleiben lassen, wenn er es nicht wollte und wenn ihm die Bedingungen dieses Arbeitsvertrags nicht gefielen. Aber man überseh in der Rechtsprechung nur, daß als grimmigster Einseitiger beim Abschluß dieses ungerechten Vertrags der Hunger stand. Die Zusammenfassung dieser Vereinigten, die dem Arbeitgeber gegenüber vollkommen schutzlos waren, und zwar um so schutzloser, je größer die Zahl der sich zur Arbeit anbietenden war, die Zusammenfassung alles dessen, was — ich sage noch einmal: wie der Halm im Winde schutzlos dahinfiele — zu Organisationen, zu Gewerkschaften und ihre kollektive Führung gegen den Arbeitgeber und gegen die Arbeitgebervereinigungen, was ist das alles, wenn nicht der Kampf von Klasse gegen Klasse! Diesen Klassenkampf den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie abgewöhnen, heißt, diesen Organisationen ihre Lebenskraft nehmen.

Ich kann allerdings verstehen, daß eine Partei wie die nationalsozialistische, die aus den heterogensten Bevölkerungs- und Erwerbschichten zusammengesetzt ist, des Klassenkampfcharakters und des Klassenkampfes entraten zu können glaubt. Das würde natürlich nur so lange

Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Hermann Schwalbe in Dresden
Eingetretet: 26. Mai 1872 — Jetzt Jwanalbe

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Raab in Oera
Eingetretet: 22. März 1882



Ferd. Hymstedt in Braunschweig
Eingetretet: 25. März 1882



Albert Knobloch in Vohrum
Eingetretet: 17. April 1882
in Brandenburg — Jetzt Jwanalbe



Heinrich Schröder in Vohrum
Eingetretet: 27. Mai 1882
Jetzt Jwanalbe



dauern, bis sie genötigt wäre, eines schönen Tages all das den einzelnen Bevölkerungs- und Erwerbschichten Versprechene zu erfüllen. Dann würden sich natürlich die Gegensätze zeigen, dann würden die Gegensätze aufeinanderprallen, und dann werden natürlich Kisse in ihrer Bewegung entstehen. Dann wird sich die Unmöglichkeit ergeben, auch nur einen Bruchteil ihres Programms zu erfüllen.

Nun will ich über den Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften noch eins sagen. Das mag vielleicht von der Orthodoxie auch in meinem Lager als eine Kezerei angesehen werden. Ich weiß aber, daß es im allgemeinen der Grundanschauung meiner Parteigenossen und namentlich meiner Gewerkschaftsfreunde entspricht. Das ist der Wesensunterschied zwischen den Nationalsozialisten und uns: Die Nationalsozialisten haben eine Bewegung ins Leben geführt und betreiben diese Bewegung mit allen Mitteln, um sie zu stärken, um sie künstlich wachsen zu lassen unter Heretikaner, ich sage noch einmal, der heterogensten Erwerbs- und Bevölkerungsschichten. Die Organisation wird zum Selbstzweck. Dagegen betrachte ich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei — und das ist die Kezerei, die ich ausspreche, von der ich aber weiß, daß sie von vielen in meiner Partei geteilt wird — nicht als Selbstzweck, sondern ich betrachte beide als Mittel zum Zweck. Sie sind Einrichtungen, deren sich die Arbeiter in absehbarer Zeit nicht entäußern können, wollen sie nicht schlimmsten Schaden erleiden. Sie sind Einrichtungen, die sich die

Arbeiter geschaffen haben, Einrichtungen, zu denen die Arbeiterschaft trotz der Wetterwolken und trotz der Hagelschauer, die in den letzten Monaten über sie niedergegangen sind, steht.

Diese Überzeugung, in dem Gewittersturm zu dem in mehr als einem halben Jahrhundert für richtig Erkanntem zu stehen und ihm die Treue zu halten, auszuhalten auf dem Weg, den man für richtig erkannt hat, das ist das starke Postivum bei uns, das die Nationalsozialisten mit dem ausgefülltesten Mittel der Ausschöpfung unserer Organisationskraft, das sie mit dem härtesten Terror, der von außen gegen uns angewendet wird, nicht überwinden können. Dieser Glaube der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft, der sich zu den freien Gewerkschaften bekennenden Arbeiterschaft, die mit Bismarck fertig geworden ist, die fertig geworden ist mit der Fieberpolitik eines Wilhelm in seinen ersten Regierungsjahren, dieser unumstößliche Glaube an das für richtig Erkannte, dieser unumstößliche Glaube an den Sozialismus wird uns nicht nur diese Not überdauern lassen, er wird uns auch zum Sieg führen!

Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung

Der Reichsarbeitsminister hat wiederholt und mit besonderer Betonung auf dem Kongreß der freien Gewerkschaften in Frankfurt a. M. versichert, daß er den „Kern der Sozialversicherung“ über die große Krise zu retten sich bemühen werde. Der Augenblick, wo er sein Versprechen einlösen muß, ist jetzt gekommen. Der Kampf um die Sanierung der Sozialversicherung ist in vollem Gang. Seit Tagen tobt bereits im Reichskabinett dieser Kampf. Im Augenblick steht die Arbeitslosenversicherung auf dem Spiel.

Der Kampf hinter den Kulissen hat zuweilen recht dramatische Formen angenommen. Der Reichsarbeitsminister fand in scharfer Frontstellung gegen den Finanzminister. Dieser fand einen Bundesgenossen in Dr. Goerdeler, der als Sachverständiger für Arbeitslosenfragen zu den Beratungen des Kabinetts hinzugezogen worden ist. Der Reichsarbeitsminister machte — wir veraten damit kaum ein Geheimnis — von der Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung sein Verbleiben im Kabinett abhängig. Mit diesem scharfen Gesicht ist aufsehend zunächst die Gefahr einer völligen Zerstückelung der Arbeitslosenversicherung für den Augenblick gebannt worden. Auch hat sich das Kabinett wohl befehlen lassen, daß die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in die Versicherung wenig Zweck hat, da sie ja doch nichts Kennenswertes erparan kann. Damit sind aber noch lange nicht die den Arbeitslosenschuß bedrohenden Angriffe überstanden.

Es besteht jetzt vor allem die Gefahr, daß man nur noch die Fiktion einer Arbeitslosenversicherung bestehen läßt, den Kern der Versicherung dagegen durch kindliche neuen Leistungsabbau aus ihr herausdrückt. Eine Maß ohne Kern — soll das etwa die Lösung des Problems sein? Lange Zeit haben die Gegner der Arbeitslosenversicherung gehöhnt, die Versicherung sei ja nur noch eine Fiktion, da sie nur noch einen Teil der Arbeitslosen betreue. Dieser Hohn war unerschäftigt; denn wohl ist die Zahl der von der Versicherung erfaßten Arbeitslosen zurückgegangen, allein die Versicherung umfaßt immerhin noch ein Viertel der Unterfüßten bei 20 Wochen Unterfüßungsdauer. Schon damit ist ihre Daseinsberechtigung erwiesen. Jetzt aber würde durch einen neuen Leistungsabbau — man spricht von einer Kürzung der Unterfüßungsdauer auf 13 Wochen und von einer abermaligen Senkung der Unterfüßungssätze — die Arbeitslosenversicherung wirklich zu einer Fiktion gemacht.

Mit dem bloßen Schein einer Versicherung ist den Arbeitslosen nicht gedient. Nicht neuer Abbau der Leistungen, sondern Abbau der durch die letzten Abbaumaßnahmen verursachten Härten wäre am Platz. Auf diese Härten haben jedoch auch die christlichen Gewerkschaften in ihrem an die Regierung gerichteten Warnungsstuf hingewiesen. Durch die Lohnsenkungen sind ganze Arbeitergruppen in ihrem Wochenverdienst unter 10 M. heruntergedrückt worden. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz läßt aber solche Arbeiter als geringfügig Beschäftigte versicherungsfrei, d. h. es fallen ganze Gruppen von Arbeitern, die den Versicherungsschutz besonders nötig haben, aus der Versicherungspflicht heraus.

Der Versuch, abermals an den Leistungen der Arbeitslosenversicherung heranzuschneipeln, ist ein Versuch um untauglichen Objekt. Wir haben, wenn wir nicht irren, ein statisches Reichsamt. Die dringlichste Aufgabe für dieses Amt wäre nach unserm Dafürhalten, nun endlich einmal auszurechnen, wie tief man in Deutschland die Unterfüßungssätze für einen Arbeitslosen herunterdrücken darf, ohne diesen Arbeitslosen auf der Stelle umzubringen. Die Herzschaften, die nun schon wieder mit Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung kommen, haben wohl noch nie das Experiment der Hungerkünstler, wie wir sie heute zu Tausenden unter den Arbeitslosen haben, ausprobiert. Hätten sie es getan, dann würden sie vom Leistungsabbau ablassen. Schon jetzt muß eine Arbeitslosenfamilie von 2 bis 3 Köpfen mit einer Durchschnittsunterfüßung von 50 M. pro Monat Wohnung, Nahrung und Kleidung besorgen. Der bisherige Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung beträgt bereits im Durchschnitt 35 Proz. In vielen Fällen ist er weit höher. Ein weiterer Abbau der Arbeitslosenunterfüßung zwingt die Arbeitslosen, lediglich noch mehr als bisher die Zufußunterfüßung der Gemeinden in Anspruch zu nehmen. Praktisch kann auf diese Weise also nichts saniert werden; man macht nur Mühl auf und Mühl zu.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Kürzung der Unter-
stützungsbauer. Man wagt dadurch nur von neuem die
Arbeitslosenlast rascher und stärker auf die Gemeinden
ab. Je schneller die Arbeitslosen aus der Versicherung
ausgescheuert werden, desto schneller fallen sie den Ge-
meinden zur Last. Oder will man mit den durch die Ver-
zürzung der Unterstützungsdauer in der Versicherung
herbeigeführten Ersparnissen den Arbeitslosenschutz außer-
halb der Versicherung, vor allem bei den Gemeinden,
irgendwie miffinanzieren? Das wäre ein neues Unrecht
an den Arbeitern. Die Arbeitslosigkeit ist — wie oft soll
man es noch sagen — eine Sache, die der Allgemeinheit
angeht. Warum sollen gerade die Beitragszahler zur Ar-
beitslosenversicherung extra bluten?

Der Arbeitslosenschutz muß finanziert werden. Aber
nicht nur die Arbeiter, sondern die Gesamtheit muß, wenn
es zu einer zufälligen Krisensteuer kommt, an der neuen
Last mittragen. In eine solche zufällige Krisensteuer ist
allen Ansichten nach gedacht und ebenso wohl auch an eine
Erhöhung der Bürgersteuer, die in erster Linie der Deckung
der Wohlfahrtslasten zu dienen hätte.

Wie die Pläne zur Sanierung des Arbeitslosenschutzes,
die ansehend bisher nur in den Grundzügen gefaßt
sind, in ihrem finanzpolitischen Teil im einzelnen auch
aussehen mögen — eins muß dem Kabinett nichtschon
bleiben: die Last muß auf alle Schultern, und zwar gerecht
verteilt werden. (Im Zusammenhang hiermit sei
auf die Rundschau notiz „Beschäftigtensteuer in Sicht“ in
vorliegender Nummer verwiesen.)

Die neuen Unfallverhütungsvorschriften der Reichsunfallversicherung

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitspflege und
Wohlfahrtsdienst (Reichsunfallversicherung) hat an alle
ihre angeschlossenen Betriebe die Ausgabe 1932 der Unfall-
verhütungsvorschriften versandt, welche am 1. April 1932
in Kraft treten. Der Teil I (Allgemeine Vorschriften) be-
nennt die Pflichten des Unternehmers und des Versicherten,
bespricht die Betriebsanlage und Betriebsführung und
trifft Anordnungen über Einrichtung und Betrieb elek-
trischer Anlagen. Im Teil II (Gesundheitsdienstliche Sonder-
vorschriften) werden besondere Vorschriften für Infektions-
verhütungen wiedergegeben, und zwar in Tuberkulose-
krankenanstalten oder -abteilungen, in anderen Infektions-
krankenanstalten oder -abteilungen, in pathologisch-anato-
mischen Betrieben, in bakteriologischen und serologischen
Laboratorien sowie in Desinfektionsbetrieben. Ebenso
sind besondere Vorschriften getroffen für Bestrahlungs-
betriebe, elektromechanische Anlagen und Betriebe der
Zahntechnik. Der Teil III der Unfallverhütungsvor-
schriften beschäftigt sich mit der ersten Hilfe und dem Ver-
halten bei Unfällen.

Die Unfallverhütungsvorschriften sollen so ausgelegt
werden, daß sie dem Versicherten zugänglich sind. Im Laufe
des Jahres 1933 erscheint noch eine Reihe von Sondervor-
schriften für bestimmte Betriebsarten, wie z. B. Dampf-
kessel, Kraftmaschinen, Holzbearbeitung, Kälteanlagen,
Kompressoren, gastwirtschaftliche Betriebe, Wasserwerke,
Sprengarbeiten usw.

Aus den Unfallverhütungsvorschriften sind einige Ver-
stärkungen von besonderem Interesse und beachtenswert.
Z. B. dürfen Versicherte, welche an Ohnmachtsanfällen,
Fallstucht, Krämpfen, Schwindel, Schwerhörigkeit, Kurz-
sichtigkeit, Bruchschäden oder anderen Schwächen und Ge-
brechen befallen sind, daß sie dadurch bei gewissen Arbeiten
einer außergewöhnlichen Gefahr ausgesetzt sind oder Mit-
arbeiter gefährden können, mit solchen Arbeiten nicht
beschäftigt werden; sie haben ihr Leiden, wenn es nicht
augenblicklich ist, im gegebenen Fall dem Vorgesetzten mit-
zuteilen.

Räume, in denen gesundheitsgefährliche Gase, Dämpfe und
Staub in gesundheitsgefährlicher Menge auftreten, müssen,
soweit es erforderlich und nach den örtlichen und betrieb-
lichen Verhältnissen möglich ist, hell, luftig sowie leicht
zu entlüften sein; ihre Fußböden, Wände und Decken sowie
Betriebsanrichtungen müssen aus einem gegen die Be-
triebsstoffe widerstandsfähigen Baustoff bestehen, sie
sollen sich leicht reinigen oder abwaschen lassen und sind
rein zu halten. Soweit es die Betriebsverhältnisse ge-
statten, sollen Räume mit hoher Temperatur durchlüftet
werden. Geschlossene oder unmanipulierte Apparaturen
werden für Arbeiten gefordert, bei welchen sich die Ent-
wicklung gesundheitsgefährlicher oder leicht entzündlicher
Gase, Dämpfe oder Staub in gefährlicher Menge nicht
vermeiden läßt. Sonst müssen die gefährlichen Stoffe an der
Entstehungs- oder Austrittsstelle auf ungefährliche Weise
abgeführt werden. Zum mindesten wird aber, falls alle diese
Vorkehrungsmaßnahmen nicht möglich sind, die angemessene,
notigenfalls künstliche Durchlüftung der Räume gefordert.

Gegebenenfalls sind geeignete Schutzmittel (Atmungs-
geräte, Handschuhe usw.) bereit zu stellen und zu benutzen.
Ausruhen und Schlafen an gefährlichen Orten, an denen
giftige oder betäubende Gase oder Dämpfe ansammeln,
ist verboten. Derartig gefährliche Räume müssen kenntlich
gemacht werden.

Besondere Vorschriften gelten für explosionsgefährliche
Räume, in welchen Stoffe lagern, die bereits bei gewöhn-
licher Luftwärme stützig werden oder in denen explosible
Gase, Dämpfe oder Staub sich in gefährlicher Menge
entwickeln, ansammeln oder ausbreiten können. Die elek-
trischen Einrichtungen müssen den Vorschriften des Ver-
bandes Deutscher Elektrotechniker für explosionsgefähr-
liche Betriebsstätten und Lagerräume entsprechen. Die

Innenbeleuchtung darf nur durch elektrische Glühlampen
erfolgen, welche mit dichtschließender Armatur und Schutz-
glocke sowie Schaltung von außen versehen sind. Bei
Außenbeleuchtung durch offene Lampen dürfen die Fenster
nicht zu öffnen sein. Da das Betreten mit offenem Feuer
oder Licht verboten ist, so ist bei Gehen oder Verlassen
einer Beleuchtung der Zutritt nur mit Sicherheitslampen
gestattet. Diese Räume dürfen weder mit offenem Feuer
erwärmt, noch darf innerhalb dieser Räume mit Waschi-
nen und Werkzeugen gearbeitet werden, die zur Zünd-
bildung Anlaß geben. Selbstverständlich ist auch das
Rauchen verboten. Diese Räume sind durch einen Anschlag
von außen kenntlich zu machen. Die gleichen Bestim-
mungen gelten auch für die benachbarten Räume, welche
mit der explosionsfähigen Stelle in bauernder oder zeit-
weiser Verbindung durch Türen, Fenster und Kanäle
stehen.

Gasentzündungen dürfen nicht mit offener Flamme ab-
geleuchtet werden. Zur Probe auf Dichtigkeit ist Seifen-
wasser zu benutzen. Bei Arbeiten mit feuergefährlichen
Flüssigkeiten und Stoffen, z. B. Benzin, Benzol, Äther,
ist offenes Feuer, offenes Licht und Rauchen nicht gestattet,
ebenso dürfen keine Werkzeuge verwendet werden, die
Anlaß zur Zündbildung geben. Müssen an Gefäßen, die
leicht entzündliche Flüssigkeiten (Terpöl, Benzin, Benzol,
Äther) oder explosionsfähige Gase oder Säuren enthalten,
Feuerarbeiten vorgenommen oder Arbeiten geleistet
werden, bei welchen ein Erglühen von Gegenständen oder
Zündbildung eintreten kann, so sind zunächst die Gefäß-
verschlüsse so zu öffnen, daß sich dabei Zünden nicht bilden
können. Die Gefäße selbst müssen von noch vorhandenen
Rückständen befreit, gründlich ausgespült und völlig mit
Wasser, Dampf, Siedstoff oder Kohlenäure angefüllt
werden. Ist während der Feuerarbeiten eine dauernde
Füllung der Gefäße nicht möglich, so dürfen diese Arbeiten
nicht zur Ausführung gelangen. Sehr beachtenswert ist
auch das Verbot des Anhäufens von gebrauchtem Puh-
material, von selbstzündlichen und feuergefährlichen
Abfällen in den Arbeitsräumen. Zur vorübergehenden
Aufbewahrung — aber nicht in feuer- und explosions-
gefährdeten Räumen — dürfen unverbrennliche, ent-
sprechend kenntlich gemachte Behälter mit dichtschlie-
endem Deckel aufgestellt werden.

Für giftige und ätzende Stoffe, die in den Arbeits-
stätten verwendet werden, müssen Gefäße im Gebrauch
sein, deren Form und Aussehen ein Verwecheln mit
Trinkgefäßen ausschließt. Durch Aufschrift ist die Art des
Inhalts anzugeben. Gefüllte und leere Flaschen für ver-
dichtete oder verflüssigte Gase sind liegend aufzubewahren
und gegen Umfallen zu sichern (durch Kette oder Rohr-
schelle). Gefüllte Flaschen sind vor Erwärmung und
scharfem Frost zu schützen. Entleerte Flaschen ein Gas
mit oxidierender Wirkung, z. B. Sauerstoff, so dürfen
Ventile nicht mit brennbaren Stoffen (Öl, Fett) ge-
schmiert werden. Als einziges ungefährliches Schmiermittel
wird zur Zeit eine höchstens 10prozentige Lösung von
Glycerin in Wasser angegeben. Verschlässe von Behältern
für Speisen und Getränke sind vor dem Warmstellen zu
öffnen.

Vorstehende Nägel, Bandileiste und Drahtstücke an
Rissen, Tonnen, Brettern, Balken usw. sind sofort zu be-
seitigen oder umzuschlagen. Niemand darf sich an Ma-
schinen und andern Betriebsanrichtungen zu schaffen
machen, deren Bedienung, Benutzung und Instandhaltung
ihm nicht obliegt. Es ist verboten, Branntwein mitzu-
bringen und Branntwein während der Arbeitszeit (ein-
schließlich der Pausen) zu genießen. Angetrunkene Be-
triebsangehörige dürfen die Betriebsstätte nicht betreten.
Auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte sind die
behördlichen und sonstigen Verkehrsregeln zu be-
achten. Eigne Verkehrsmittel für den Weg nach und von
der Arbeitsstätte müssen sich in betriebsfähigem Zustand
befinden und dürfen nicht mißbräuchlich benutzt werden.
Versicherte, die den Unfallverhütungsvorschriften zuwider-
handeln, können mit Ordnungsstrafen bis zu 1000 M.
belegt werden.

Bei Beschäftigungen, welche Berufskrankheiten hervor-
rufen können, dürfen nur geeignete Personen Verwendung
finden. Der Unternehmer ist berechtigt und auf Anord-
nung der Berufsgenossenschaft verpflichtet, die eingu-
stellenden Personen durch einen approbierten Arzt unter-
suchen zu lassen und ungeeignete Personen auszuschließen.
Erfordert es die Verhütung von Berufskrankheiten, so
dürfen die Versicherten während der Arbeit und in den
Arbeitsräumen weder essen noch alkoholische Getränke
genießen, noch rauchen, schnupfen, Tabak und Gummi kauen;
sie müssen sich peinlichster Sauberkeit befleißigen und
haben sich besonders vor Einmischen von Speisen oder Ge-
tränken und vor dem Verlassen der Arbeitsstätte gründlich
zu reinigen.

Das anstandsgeschädigte Personal der Tuberkulose-
krankenanstalten, einschließlich der Ärzte, muß vor Beginn
der Tätigkeit unter Feststellung des Lungenzustandes auch
durch Röntgenaufnahme sachärztlich auf seine gesundheits-
liche Eignung untersucht werden; mindestens einmal jähr-
lich ist eine Nachuntersuchung vorzunehmen. Bei wirksamer
anstandsgeschädigtem Personal ist die Berufsgenossen-
schaft durch Beschluß der Genossenschaftsversammlung in
der Lage, bis auf weiteres die Selbstkosten für einen Rönt-
genfilm in der Höhe eines Röntgenplateaus zu übernehmen.

Nie in bakteriologischen und serologischen Laboratorien
beschäftigten Personen müssen während der Arbeit mit
Krankheitsregenern oder mit Material, das mit Krank-
heitsregenern behaftet ist, leicht wasch- oder desinfizier-
bare Schutzkleider tragen, welche der Betrieb zu liefern
hat. Das Auswaschen von infektösen Flüssigkeiten mit dem

Munde in Pipetten ohne besondere Vorkehrungsmaßnahmen
ist verboten.

In den Bestrahlungsbetrieben (Röntgen und radio-
aktiven Substanzen) müssen die Unternehmer für jede
Röntgenanlage vom Hersteller und vom Hersteller
schriftlich sich beschleunigen lassen, daß die Vorschriften
der Deutschen Röntgenvereinschaft und des Verbandes
Deutscher Elektrotechniker über Hochspannungs- und
Strahlenschutz in medizinischen Röntgenanlagen be-
folgt sind. Bei elektromechanischen Anlagen hat der
Unternehmer für jede Neuanlage vom Hersteller sich
schriftlich beschleunigen zu lassen, daß die Anlage den
Vorschriften entspricht; z. B. müssen Schalt- und Hebel-
stellungen so gekennzeichnet sein, daß Verwechslungen aus-
geschlossen sind, und alle unter Spannung stehenden Teile
müssen gegen unbeabsichtigte Berührung geschützt sein.
Lackierung und Emaillierung gelten nicht als Isolierung.
Bei allen in Bestrahlungsbetrieben berufstätigen Per-
sonen ist eine Prüfung auf Eignung und vor der Ein-
stellung sowie von da ab mindestens einmal jährlich eine
ärztliche Untersuchung auf allgemeine Strahlenschäden
zu empfehlen. Der Befund ist attemmäßig festzu-
legen.

Ist in Betrieben mit Gasvergiftung oder mit der Ge-
fahr des Ertrinkens zu rechnen, so müssen Betriebsleiter
stets erreichbar sein, welche in der Wiederbelebung, von
Hand und im Bergungsdienst ausgebildet sind. Dmg.

Korrespondenzen

Bielefeld. (Drucker. — Vierteiljahrsbericht.)
Am 9. Januar referierte Herr Betriebsleiter Max
Richter von der Firma Diph & Co. (Sannover) über das
Thema „Maschinentechnische Ringe und Erfahrungen aus
der Praxis“. An Hand von Lichtbildern konnte der Re-
ferent in seinem zweistündigen Vortrag manches Inter-
essante den Kollegen zeigen und erklären. Starke Beifall
war der beste Dank dafür. In der Diskussion konnte der
Referent noch manche Frage beantworten. — Am 22. Ja-
nuar fand eine allgemeine Druckerversammlung statt. In
dieser referierte Kollege Bruno Ackermann, Vor-
sitzender der Zentralkommission der Drucker. Er sprach über
die Wirtschaftskatastrophe und unsere Spartenbewegung.
Auch dieser Vortrag war hochinteressant und wurde von
allen Kollegen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Nach
kurzer Diskussion beantwortete der Referent im Schluß-
wort noch einige Fragen und forderte zum Schluß alle
Kollegen auf, treu zur Organisation zu stehen, dann würden
wir auch über diese große Wirtschaftskrise hinweg-
kommen. — In unserer Jahres-Hauptversammlung am
14. Februar wurde der alte Vorstand bis auf den zweiten
Vorstand, der neu besetzt wurde, wiedergewählt. Kol-
lege Eisenberg als erster Vorsitzender erstattete dem
Jahresbericht und gab bei dieser Gelegenheit dem Wunsch
Ausdruck, daß das Jahr 1932 allen Kollegen wieder Arbeit
bringen möge. Unter „Trennung“ hielt Kollege Eisen-
berg zwei Kurzerferate mit reichhaltigem Anschauungs-
material: 1. Tiefdruckwirkung im Buchdruck (Papierwahl),
2. Drucken ohne Durchschuß (mit dem neuen Festabstungs-
apparat („Trofeu“)). Besonders zu erwähnen wäre noch
der im vergangenen Vierteljahr abgehaltene Farbmilch-
kursus. In diesem Kursus nahmen 20 Kollegen teil. Trotz-
dem dieser Kursus sehr hoch dauerte, haben alle Teil-
nehmer bis zuletzt ausgehalten. In den letzten Übungs-
stunden wurde eine Preisarbeit ausgeführt und sechs
Kollegen konnten vom Preisgericht mit einem Preis be-
dacht werden. Die Preise waren von mehreren Firmen in
anerkennungswürdiger Weise gestiftet. Die Leitung des Kur-
sus hatte Kollege Eisenberg übernommen. Auch an
dieser Stelle riefen wir an alle Kollegen, die noch nicht
zu unserer Sparte gehören, den Appell, kommt alle und
werdet eifrige Spartenmitglieder.

Essen. Die am 8. Mai hier abgehaltene, äußerst gut be-
suchte Besprechung der am Montag stand unter dem Druck
des noch ungewissen Verkaufs der Mantelkassette und Roh-
verhandlungen. Verständlich, daß bei den Informationen
des „Rohr“, angefangen von der Veröffentlichung der
famosen Anträge der Unternehmer bis zu dem einseitigen
ungerechten Schiedspruch es großer Überwindung der
Kollegenhaft bedurfte, Ruhe und Besonnenheit zu be-
wahren. Das zum Schluß in der Versammlung zum Aus-
druck gebrachte Vertrauen zur Führung ließ aber er-
kennen, daß auch der Bezirk Essen in gewerkschaftlicher
Disziplin den Weisungen der Organisation folgen wird.
Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen gab
Kollege Böning den Geschäftsbericht über das ver-
lossene Vierteljahr. Im großen ganzen ergab er das
gleiche Bild wie das letzte Vierteljahr 1931. Der Arbeits-
losenstand ist stabil geblieben — abgesehen von einigen
Einkellungen für Saisonarbeit. Mit 334 = 34 Proz.
näher wir uns dem Reichsdurchschnitt; 15 Proz. sind
in Kurzarbeit. Eine aufgenommene Statistik über das
Alter der Arbeitslosen ergab 178 unter 25 Jahre und 162
über 25 Jahre. Von der zu Ostern erfolgten Überführung
von 22 Jungvolgenden in den Verband sind rund ein Drittel
erwerbslos geworden. Die Kassenlage ist unerfreulich.
Haben wir erstmalig wieder 5000 M. an den Gau ein-
senden können — was Zufriedenheit auslöste —, so herrscht
in der Bezirkskasse Ebbe. Eintende Beiträge beeinflussen
ungünstig die Kasse und zwingen zu weiteren Einpar-
nungen. Neben einer weiteren Senkung des Gehaltes des
Geschäftsführers muß die Unterstützung für Durchreisende
umweiser macht sich sehr bemerkbar und soll nachdrückliche
Bekämpfung erfahren. Die schlechte Wirtschaftslage er-
brachte weitere Angriffe auf den Leistungslohn. Die
NSDAP. will jetzt auch die Betriebe erobern und führt
zu diesem Behinnen eine radikale Sprache. Allgemeine
Heiterkeit erzeugte ein Exkurs in dem naziförmigen Auf-
arbeiter, das im W.D.-Zarzen abgefaßt, von der Er-
richtung einer Betriebszelle in der gedachten Druckerei des
Bezirks Schwafel. Wahrheit ist an diesem nur, daß sich
die Zelle auf ein Wälderbüchchen jugendlicher Angefallter
beschränkt. Fand der Bericht einstimmige Zustimmung, so
gläubte Kollege Trezgo als Sprecher der Opposition

bemerkten zu müssen, daß sich die Organisation festgefahrener Gewerbe — und keinen Ausweg mehr wisse. Die Unterhaltungs-einrichtungen müßten durch die immer größer werdende Not liquidiert werden. Die Kollegenschaft, falsch erzogen, könne sich mit diesem nicht abfinden. Die Organisation sei keine Kampfgewerkschaft mehr; wir müßten sie wieder zu dem machen, was sie vor 40 Jahren war. Der Lohn muß nicht nur gehalten, sondern noch gesteigert werden. Kollege Schmidt stellte die recht schiefen Behauptungen des Redners — der Verband sei keine Kampfgewerkschaft mehr — richtig und gab aus seinen persönlichen Erfahrungen ein Bild über die damals geführten Kämpfe unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse, die doch gegenüber den heutigen anders gartet waren. Damals war keine Wehrfrage, keine Millionen von Arbeitslosen. Heute müssen wir Wehr bei Fuß stehen; sind alle Möglichkeiten erschöpft, dann wird auch die Organisation zum Kampf aufgerufen. Man müsse Vertrauen zur Führung haben. Letzten Endes werde ein Buchdruckerkampf die wirtschaftlichen Verhältnisse auch nicht zu ändern vermögen. Nach erfolgter Entlassung des Geschäftsführers gab dieser jedoch einen ausführlichen Bericht über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen. In der von Essen erhobenen Forderung der Vierzigstundengewerbe erließ auch die Verbandsleitung einen geeigneten Weg, Arbeitslose in die Betriebe zu bringen. Der Vorstand empfahl unter Ablehnung vordringender Entschlüsse von Düsseldorf, Wiesbaden und Gelsenkirchen, die bei Verbindlichkeitsklärung des gefällten Schiedspruchs zum Kampf aufzufordern, weil durch die Ereignisse überholt, die Annahme folgender Resolution: „Die am 8. Mai in der ‚Erholung‘ in Essen tagende aufbesuchte Versammlung des Bezirks Essen verurteilt aufschärfte den völlig ungerechten und einseitigen Schiedspruch. Sie erwortet von der Verbandsleitung, daß sie ebenso erfolgreich wie bisher alle Verschlechterungen energig abwehrt und selbst, wenn notwendig, die letzten und stärksten Mittel in Anwendung bringt. Die gefante Kollegenschaft des Bezirks, arbeitende und arbeitslose, stehen in geschlossener Kampfbereitschaft. Neben Abwehr aller Verschlechterungen wird die Vierzigstunden- oder die Fünfzigstundengewerbe erneuert gefordert.“ Die Opposition, einverstanden mit der Forderung der Verlängerung des alten Tarifs, konnte aber nicht der Forderung der Fünfzigstundengewerbe ohne Lohnausgleich zustimmen. Echte sie anfänglich in der Betonung des gegenseitig notwendigen Vertretens und Beseitigung des Mißtrauens Eintrud zu schinden, so ließ sie in weiteren Ausführungen die Rage aus dem Saal und gezielte sich in der sattem bekannten Weise, die Gewerkschaften wie auch die SPD. für alles Ungemach verantwortlich zu machen und nach der Manier des billigen Jakob die Begleitungslehren der SPD. an den Mann zu bringen. Wo es aber darauf ankam, in reiflicher Zustimmung zur Resolution einen Weg zu finden, um einen Teil unfruchtbarer Kollegen in die Produktion einzureihen, verlagte sie. Die anwesenden Erwerbslosen werden sich wohl den entsprechenden Vers über Theorie und Praxis in der Einstellung der Opposition gemacht haben. Von weiteren Rednern wurde dann auch in ungehinderter Weise das Verhalten der Opposition gefeilschmet. Unter Beifall bemerkte der Vorsitzende am Schluß, wer den Arbeitslosen helfen wolle, müsse für Forderungen eintreten, die Aussicht auf Erfolg haben. In mehreren Betrieben des Bezirks hätten die Kollegen Verständnis für die Lage der Erwerbslosen gezeigt; durch Einführung der Fünfzigstundengewerbe seien dort weitere Entlassungen verhindert worden. In hiesigen SPD.-Betrieb arbeite man immer noch mehr als 40 Stunden, obwohl auch dort Kollegen zur Entlassung gekommen sind. Wer den „Mut“ habe, gegen die Entschlüsse des Bezirksvorstandes zu stimmen, beweise damit, daß er nicht bereit sei, im Interesse der arbeitslosen Kollegen Opfer zu bringen. Der Resolution wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Die Opposition gab die Erklärung ab, daß sie gegen die Resolution gestimmt habe, weil nicht der Zusatz auf vollen Lohnausgleich angefügt worden sei. Die vom Bezirk Düsseldorf ersuchte Unterstützung seines Antrags auf Einberufung eines außerordentlichen Gantags wurde abgelehnt.

Stuttgart. (Stereotypen- und Galvano-plastiker.) Die diesjährige, gut besuchte Hauptversammlung unfruchtbarer Gewerkschaft fand am 17. April hier statt. Vertreten waren auch die Kollegen von Heilbronn, Neufingen und Ulm. Ebenfalls konnten wir Vertreter des Gewerkschafts sowie der andern Sparten begrüßen. Dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Schiller war zu entnehmen, daß trotz Arbeitslosigkeit in großem Ausmaß die Kollegen sich nicht entmutigen ließen. Der Besammlungsbesuch war stets ein guter. Ebenso die Beteiligung am Kurzus über: „Aus der Praxis, für die Praxis“, abgehalten an der Gewerkschule in Hohenheim. Leider findet heute das Fortbildungsbefahren unfruchtbarer Kollegen auf der „andern Seite“ so gut wie gar kein Verständnis mehr. Aber auch das wird mal wieder anders werden. Der Kassenbericht zeigte ein gedrehtes Bild, und dem Kassierer, Kollegen Sonnabend, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Nach fünfjähriger Tätigkeit trat Kollege Sonnabend leider aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück. Durch ein sinniges Angebenken ebte ihn die Sparte für seine langjährige Mithewaltung. Ebenso konnten zwei weitere Kollegen für fünfjährige Zugehörigkeit zur Sparte geehrt werden. Als Kassierer wurde Kollege Müller gewählt. Ein Vortrag des Kollegen Schäfer über „Illustrations-bilddruck in Tageszeitungen“ begenete großem Interesse. Mit dem Appell an die Kollegen, sich stets und immer rege in den Dienst der Sparte sowie des Verbandes zu stellen, schloß der Vorsitzende die Hauptversammlung. — Der Nachmittag vereinte die Kollegen zu einem kollegialen Besammlen, bis für die auswärtigen Kollegen die Wiesbadener Besammlen schloß.

Wiesbaden. In unfruchtbar besuchten Versammlung am 11. Mai nahm Kollege Schäfer, nachdem unter „Geschäftlichen“ einige Mitteilungen gemacht wurden, das Wort zu dem Haupttagsordnungspunkt: „Sind die Buchdrucker ohne Manteltarif?“. Seine Ausführungen bewegten sich im Rahmen der auf der Bezirksvorkehrerkonferenz in Mannheim festgestellten Situation. Er führte u. a. etwa folgendes aus: Durch das Scheitern aller bisher

angesehten Verhandlungen der Tarifparteien ist in unserm Gewerbe ab 1. Mai d. J. ein sogenannter tarifloser Zustand eingetreten. Von Prinzipalsseite aus wurde die Erklärung abgegeben, daß bis auf weiteres der alte Tarif Geltung haben soll. Trotzdem sind in Mannheim Fälle bekannt geworden, in denen Kollegen, die in Urlaub gingen, nur 70 Proz. des Lohnes ausbezahlt wurden. Auch ist in einer Reihe von Betrieben der Urlaubslohn unter „Vorbehalt“ gezahlt worden. Diese Maßnahmen stehen in schroffem Gegensatz zu der Erklärung des Deutschen Buchdrucker-Vereins dem Verbandsvorstand gegenüber. Das Verhalten der betreffenden Kollegen, die dies ruhig hinnehmen, ist ebenso verwerflich, und für die Zukunft soll mit denen, die nicht im Sinne der Organisationsanweisungen handeln, strengstens verfahren werden. Wir stehen aber hinter jedem Kollegen, der in Wahrung von Organisationsinteressen irgendwelchen Schäden nehmen sollte. Der Berichterstatter ging noch auf Verhältnisse in andern Bezirken ein, wo Arbeiter in freier Vereinbarung mit den Unternehmern auf 25 und 40 Proz. des Urlaubslohns verzichtet haben. In unserer Sache hätte Kollege Kraus die Verhandlungen übertragend geführt und den Prinzipalen sowie dem Vertreter des Reichsarbeitsministers bei etwaigen Verschlechterungen scharfen Kampf angefaßt. In der anschließenden Diskussion, die von den Kollegen Wirth, Solt, Domermuth, Merz und Weiz (Mainz) geführt wurde, kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß der Verbandsvorstand, sollten weitere Verschlechterungen für uns eintreten, sofort die nötigen Maßnahmen einleiten müsse.

Allgemeine Rundschau

„Teilerkeit“ im Königsberger Schadenersatzprozeß. In der am 19. Mai 1931 beim Berliner Arbeitsgericht vom Deutschen Buchdrucker-Verein anhängig gemachten Klage gegen unsern Verbandsvorstand und den Gauvorsitzer Reiser in Königsberg auf Schadenersatz aus dem Königsberger Konflikt im Februar/März 1931 wegen angeblichen Tarifbruchs aus Verletzung vertragsrechtlicher Friedenspflicht ist am 20. Mai d. J. zum zweiten Male vor der graphischen Kammer am Berliner Arbeitsgericht verhandelt worden. Die Verhandlungen gogen sich bis in die Abendstunden hin und führten in erster Instanz zu einem Teilerkeit, durch das die Klage gegen den Gauvorsitzer Reiser abgewiesen wird und die dem Beklagten außergerichtliche erwachsenen Kosten dem Kläger (Deutscher Buchdrucker-Verein) ganz auferlegt werden, während die übrigen Kosten für diesen Teil der Klage als gegeneinander aufgehoben gelsen. In der Klage gegen den Verbandsvorstand wurde dieser verurteilt; an den Kläger 6100 M. nebst Zinsen zum jeweiligen Reichsbankdiskont ab 31. Juni 1931 zu zahlen. Von den Gerichtskosten hat der Verband als Beklagter zwei Drittel und der Deutsche Buchdrucker-Verein als Kläger ein Drittel zu tragen. Die Gerichtskosten wurden mit 183 M. beziffert. In einer vorläufigen kurzen mündlichen Begründung wurde für die Entscheidung in der Klage gegen Reiser erklärt, daß sittenwidriges Verhalten des Beklagten nach dem Vorwurf der Klage nicht anzunehmen sei. Für die Entscheidung gegen den Verbandsvorstand sei jedoch maßgebend, daß der Vorstand des Ortsvereins Königsberg, insbesondere dessen Vorsitzender nicht in genügender Weise im Sinne seiner Friedenspflicht gewirkt habe. Insbesondere werde eine Erklärung des letzteren vermisst, in der der Königsberger Streit als wider Streit nicht gebilligt werde. Der Ortsvorstand habe nicht nur nichts in diesem Sinne getan, sondern sei sogar noch während des Kampfes zum Verbandsvorstand nach Berlin gereist, um Unterstützung zu erlangen. Für dieses Verhalten des Königsberger Ortsvorstandes habe der Verbandsvorstand die rechtliche Verantwortung zu tragen und daher auch für den daraus erwachsenen Schaden zu haften. Bekanntlich hat der Deutsche Buchdrucker-Verein in seiner Klageschrift den seinen Mitgliedern aus dem Königsberger Konflikt erwachsenen Schaden insgesamt auf 200 000 M. veranschlagt, davon ober zunächst aus prozeßualen Gründen nur 6100 M. als unterste Grenze für Berufungsmöglichkeit bis zum Reichsarbeitsgericht geltend gemacht. Da von der Berufungsmöglichkeit zweifellos Gebrauch gemacht werden dürfte und zu einer eingehenderen öffentlichen Stellungnahme erst noch die schriftliche Begründung dieses, nach der ursprünglichen und wirklichen Sachlage gänzlich unhaltbaren Urteils abzuwarten ist, müssen wir es bei dieser vorläufigen kurzen Information bewenden lassen.

Information des Abbau übertariflicher Entlohnung. In einem zweiten Teil der Klage des Deutschen Buchdrucker-Vereins vom 11. Mai 1931 aus dem vorjährigen Königsberger Konflikt gegen unsern Verband wurde unter B der Klageschrift gegen den Beklagten zu 1 (Verbandsvorstand) Anspruch auf Unterlassung tarifwidrigen Verhaltens erhoben. Das tarifwidrige Verhalten wird prinzipalseitig darin erklärt, daß der Verbandsvorstand seine Mitglieder dauernd auffordere, eine entchiedene Abwehr gegen jeden weiteren Abbau des übertariflichen Lohnes mit allen Kräften durchzuführen. Wir haben darüber schon in Nr. 46 vom 10. Juni 1931 und Nr. 58 vom 22. Juli 1931 an gleicher Stelle über den ersten Verhandlungstermin über diesen Teil der Schadenersatzklage des Deutschen Buchdrucker-Vereins berichtet. Am 21. Mai d. J. hat nun der zweite Verhandlungstermin ebenfalls vor der graphischen Kammer des Berliner Arbeitsgerichts stattgefunden. Er bestand aus einer Reihe von Zeugenvernehmungen über das Verhalten des Deutschen Buchdrucker-Vereins in der Frage des übertariflichen Lohnabbaues, aus denen zu entnehmen war, daß auf diesem Gebiet eine wohlorganisierte Tarnung aller „Inkanken“ und gegenseitiges Verdeckeln auf Unternehmenseite vorhanden war, dem gegenüber die offene und ehrliche Aufforderung der

Verbandsinstanzen zur Abwehr gegen diese willkürlichen außer tariflichen Lohnabbauehen nicht im geringsten bemäntelt und grundsätzlich wie rechtlich eingehend begründet und verteidigt wurden. Die Urteilsverkündung wurde auf Sonnabend, den 28. Mai, erteilt.

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsanstalt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Wirtschaftszustand Ende April 1932 (herausgegeben am 18. Mai) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Zugewachsener am Ende des Monats	
	April 1931	April 1932	April 1931	April 1932
Buchdrucker	22,2	34,7	3,8	12,8
Lithographen u. Steindrucker	26,7	44,4	14,3	22,1
Graphische Hilfsarbeiter	23,2	34,4	9,9	18,1
Buchbinder	27,1	43,9	32,3	30,8

Unbezahlte Überstundensteuer. Unter dieser Überschrift veröffentlichte das „Hamburger Echo“ folgende Notiz: „Heftig kämpft die (kommunistische) „Hamburger Volkszeitung“ gegen Lohnabbau und gegen das Überstundenunwesen. Man sollte es für selbstverständlich halten, daß die kommunistische Partei selbst eine Grundabrechnung für diesen Kampf erteilt, indem sie in ihren eigenen Betrieben das Überstundenunwesen nicht zuläßt. Dafür gibt es gerade in der Zeit ungeheurer Erwerbslosigkeit zwingende soziale Gründe. Wer so meint, hält den politischen Kampf der SPD. für eckel. Daß er es nicht ist, beweist eine Mitteilung, nach der im Betriebe der „Hamburger Volkszeitung“ mehrfach Überstunden geleistet werden mußten, noch dazu ohne Bezahlung. Besonders interessant ist, daß während der Pfingstfeiertage in der Drucker der „Hamburger Volkszeitung“ über 2000 Zeiten Maschinenjah hergestellt wurden. Auch hier also Sonntags- und Überstundenarbeit. Man darf wohl an die kommunistischen Erwerbslosen die Frage richten, was sie dazu sagen, daß Theorie und Praxis in der SPD. so tief auseinanderklaffen. Und das auf Kosten der großen Zahl erwerbsloser Buchdrucker.“ Das ist wieder so ein Beitrag zum Kapitel kommunistische Theorie und Praxis. Bei ihrer Agitation gehen die Kommunisten aufs Ganze. Gefährlich wird von ihnen die Mär verbreitet, als trügen die Gewerkschaftsleitungen die Schuld an dem herrschenden Elend. Je höher die Arbeitslosigkeit steigt, je mehr sich das Elend der Arbeiterklasse verschärmt, desto üppiger schießt die kommunistische Saat des Mißtrauens gegen die Gewerkschaften und damit die Verwirrung der Arbeiter in die Salme. Von den andern Betrieben verlangt die SPD. die Einführung der Vierzigstundengewerbe mit vollem Lohnausgleich, dagegen diktiert sie in ihrem eignen Laden Überstundenarbeit ohne jede Bezahlung!

Ausstellung „Zahl und Bild“. Eine Lehrschau, die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin mit Unterstützung des Reichsstatistikbureaus für Wirtschaftlichkeit für den Monat September angeündigt wird, will die Frage unteruchen: Wüssen Mengenbilder lügen? Diese Frage wird dem noch so gebildigen Beschauer jeder Ausstellung immer aufs neue gestellt durch jene Fülle von Bildtafeln, die oft untereinander ganz unergreifbar sind oder ungewollt überleben. Alle modernen Beran-schlagungsmittel und -methoden sollen daher einmal zu einer vergleichenden Schau vereinigt werden, insbesondere alle Zeichne, Zahl und Bild zu einer Einheit zu bringen: sei es im Schaubild der Wirtschaftszeitungen, sei es im geographischen Kartenbild des Schulbuchs oder in dem statistischen Modell einer Wanderausstellung. Wir leben in einem optischen Zeitalter, im Zeitalter des Films, der Bilder-Zeitungen und des Plakatfilms, und sie drohen das gedruckte Wort ganz zu verdrängen. Aber die Schule könnte sie ihrerseits nützen und im Zahlenbild vielleicht ganz neue Lehrgediete erobern, von der Staats- und Wirtschaftsstunde bis zur Geopolitik. Auch Stofflich kann so die Ausstellung des Zentralinstituts neue Anregungen vermitteln.

Beschäftigtensteuer in Sicht. In seinen Beschlüssen über das Finanz- und Sozialprogramm der Reichsregierung hat das Reichskabinett den grundsätzlichen Linien der einzelnen Vorlagen zugestimmt. Es ergibt sich daraus u. a. folgende wichtige Neuerung: Die Verlängerung der Kräftesteuer, die bis zum 31. Dezember befristet war und jetzt bis 31. März nächsten Jahres verlängert wird, soll einen Mehrertrag von 45 Mill. M. bringen. Da dieser Betrag zur Deckung der Kosten der Arbeitslosenfürsorge nicht ausreicht, kommt hinzu eine Beschäftigtensteuer, die sämtliche beschäftigte Personen umfassen soll, die bisher von der Kräftesteuer befreit waren. Jedes Arbeitsverkommen über 300 M. monatlich soll durch die neue Steuer mit einer einheitlichen Abgabe von 1% Proz. erfaßt werden. Es würden sowohl Angestellte wie Beamte wie auch freie Berufe davon betroffen werden. Das wichtigste neue Element bildet die Heranziehung der Beamten, die bisher von der Kräftesteuer in völlig ungerechtfertigter Weise freigegeben sind.

Protest der Gewerkschaften. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verwahrte sich gegen die falsche Behauptung eines Berliner Bürgerlichen Blattes, die Gewerkschaften seien mit der „Vertagung der Reform der ganzen Versicherung einverstanden“, in einem Protestschreiben, in dem es u. a. heißt: „Wie die freien Gewerkschaften zur Frage der Verlopfung der Arbeitslosen stehen, haben sie immer wieder ganz unzweideutig erklärt. Zuletzt noch in dem Schreiben des Vorstands an Brüning vom 9. Mai. Die freien Gewerkschaften verlangen die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, um die sie seit Jahrzehnten gekämpft haben. Sie wenden sich auch mit aller Energie gegen alle etwaigen Pläne der Reichsregierung, die Versicherung zu verwasären, daß sie praktisch eine Versicherung überhaupt nicht mehr darstellt. Das gleiche gilt auch für die insbesondere von den Arbeitgebern geforderte allgemeine Herabsetzung der Unterhaltungsge-

Bei allen Besprechungen mit der Regierung, so auch in der letzten, haben sich die Gewerkschaften gegen alle Abbaupläne eingesetzt. Arbeitsbeschaffung forderten sie als einzigen Weg, um über den gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Notstand des Landes hinwegzukommen. Sie verwahrten sich insbesondere gegen eine etwa beabsichtigte Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Arbeitsbeschaffungsplan. Damit könne eine physyologische Wirkung auf die Beteiligten erzielt werden. Es komme aber darauf an, durch die Arbeitsbeschaffung vorwiegend auch die Wirtschaft selbst zu beleben. Das könne nur geschehen, wenn grundsätzlich für die Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms die tariflich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen Geltung erhalten. Die Gewerkschaften forderten, daß die Prämieneinleihe schnellstens aufgelegt und mit der Arbeitsbeschaffung begonnen werde. Einmütig war die gewerkschaftliche Stellungnahme auch in der Ablehnung der etwa beabsichtigten Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung. Wenn, wie heute in der Presse berichtet wird, die Reichsregierung plant, die Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung von 20 auf 15 Wochen zu verkürzen und die Unterstützungsleistungen sowohl in der Versicherung, wie in der Kranksfürsorge herabzusetzen, so muß sie sich darüber klar sein, daß sie sich damit in scharfem Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften stellt.

Die Weltproduktion auf dem Stand von 1913. Auf der Suche nach Schuldigen für die Begleiterscheinungen der Weltwirtschaftskrise geht unter dem Einfluß unverantwortlicher Schwärmer innerhalb der Arbeiterbewegung nicht selten jede gewerkschaftliche Überlegung verloren. Es ist deshalb um so notwendiger, auf nächste wirtschaftliche Tatsachen hinzuweisen, die unbestreitbar feststehen. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise ist die industrielle Warenherzeugung der Welt in den letzten Monaten in scharfem Tempo weiter zurückgegangen. Seit 1931 ist die Produktion am meisten gefallen in Polen um 30, Frankreich um 23, Deutschland um 21, Österreich um 18, Vereinigte Staaten um 16 Proz. Gestiegen ist die Produktion in Rußland um 20 Proz., in Großbritannien um 7 Proz. und in Schweden um 3 Proz. Die Widerstandsfähigkeit der Industrie in England und Schweden wird auf die Geldwertveränderung zurückgeführt. Deutschland ist, im ganzen betrachtet, noch immer am schärfsten von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Nach Berechnungen des Konjunkturinstituts ist die Weltproduktion zur Zeit etwa auf dem Stand von 1913 angelangt. Die Entwicklung in den einzelnen Ländern ist sehr verschieden. Das russische Produktionsvolumen ist gegenwärtig 2,5mal so groß wie vor dem Krieg. Der junge Industriefabrikant Japan erzeugt mehr als doppelt so viel Waren wie 1913. In Schweden und Kanada wird der Vorkriegsstand ebenfalls beträchtlich überschritten. Frankreich und Amerika befinden sich ungefähr auf dem Vorkriegsstand. Die Produktion in Großbritannien ist auf 83 zurückgegangen, die Weltproduktion = 100 gesetzt, hat Österreich einen Stand von 78 und Deutschland von 62. Man sieht also auch hier wieder, daß die Krise am schwersten in Deutschland zur Auswirkung kam. Die Anteile, mit denen die nationalen Industrien an der industriellen Weltproduktion beteiligt sind, haben sich beträchtlich verschoben. An der Spitze stehen die Vereinigten Staaten mit 34,8 Proz., es folgt Rußland mit 11, England mit 10, Deutschland mit 7,6, Frankreich mit 6,9, Japan mit 2,7, Kanada mit 1,9, Schweden mit 1,1, Polen mit 0,5 und Österreich mit 0,4 Proz. 1928 war die Reihenfolge: Amerika, Deutschland, England, Frankreich, Rußland usw. Deutschland ist von der zweiten auf die vierte Stelle gerückt. Rußland nimmt jetzt nach den Vereinigten Staaten den ersten Platz ein. Eine Entwicklung, die kaum vorausgesehen wurde. Es ist ein Jammer, daß die Menschheit einer solchen Wirtschaftskatastrophe untätig und ohnmächtig gegenübersteht. Das Leistungsergebnis von Jahren und Jahrzehnten wird vernichtet, die Menschheit verarmt und gerät in eine steigende Nervosität hinein, begleitet von Bürgerkriegen usw. Dies alles lediglich aus dem Grund, weil die Produktion zu reichhaltig war und den Absatz übersteigt. Dabei könnte der Absatz vervielfacht werden.

Kleine politische Zeitnotizen. Die Eröffnungssitzung des neuen Preussischen Landtags findet am 24. Mai statt. — Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat namens seiner Regierung dem Landtagspräsidenten mitgeteilt, daß die preussischen Staatsminister ihre Ämter zur Verfügung stellen. — Die von der deutshationalen Reichstagsfraktion für den 24. Mai beantragte Einberufung des Reichstags, die von den Nationalsozialisten und den Kommunisten unterstützt wurde, ist vom Reichstagspräsidenten abgelehnt worden. — Eine Konferenz am 24. Mai zu der neuernannte Präsident der französischen Republik Lebrun den Ministerpräsidenten Lardieu, den Finanzminister Flandin und den Führer der Radikalen, Herriot, geladen hat, gilt allgemein als ein Anzeichen dafür, daß Herriot zunächst mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt werden soll.

Verschiedene Eingänge

„Der graphische Betrieb.“ Monatschrift für Maschinenbau, Betriebswissenschaft und Berufslehre. Herausgegeben von Alfred Wackerbarth in der Zeitungsdruckerei, Berlin. Heft 5 vom 15. Mai. Preis 1,00 M. Der Inhalt dieses Heftes ist sehr reichhaltig. Die Verfasser der verschiedenen Artikel gehen dabei auf die Schwierigkeiten der Vorbereitung mit den bisher gebräuchlichen Verfahren ein und stellen weiter fest, daß ein Hauptanteil an dem guten Zuckerausfall, besonders beim Zuckerrübenanbau, der Papierwahl und der Garbverteilung zukommt. Über Wasserdruckmaschinen an Salzpflanzensprengern und die beim Zuckerrüben anzuwendenden Kessel wird in zwei, mit instruktiven Bildern geschmückten, Abhandlungen eingegangen. Das Nummerieren mit großen Ziffern ohne Nummerierapparat bietet dem feine Schwierigkeiten, der den „Graphischen Betrieb“ geleitet hat, Beachtung verdienen weiter die Darlegungen über eine gute Zusammenarbeit zwischen Drucker und Plattenleger und die Angaben, was der Drucker tun kann, um Störereignisse und Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Der Plattenleger findet die Grundregeln über Stoff und Chemie in der Galvano-plastik ausgeführt. Die interessante Auseinandersetzung über den hydrostatischen Druck beim Plattenlegen, die im Heft 12 des letzten Jahres begann, kommt in dem vorliegenden Heft zum Abschluß. Es wäre zu wünschen, daß die Plattenfabriken aus dieser Auseinandersetzung den Schluß ziehen, daß es keinen Zweck hat, den Maschinen mit unvollständigen Proben über die Leistungsfähigkeit von Maschinen hinzuverzekeln. Wer sich über die für seinen Betrieb geeigneten Bismarckplatten für Maschinenheber und Stereotypen unterrichten will, findet reichhaltiges Material, in dem Leistungen und Kosten für Glas, Stahl, Ei und Elektrizität einander gegenübergestellt werden. Ein Maschinenheber bringt seine Gedanken über die neue Satzsetzung und die Einigung der Satzsetzer, damit am Ausdruck, während ein weiterer Schriftsteller die Bedeutung der Satzsetzer für die hauptsächlichsten Druckverfahren einflößt. Daneben laufen wie immer kleine, interessante Notizen. Wie immer auch bringt „Der graphische Arbeiter“ der Jahreszeit entsprechende Abhandlungen und führt den Leser in das Thema „Was geschieht bei der Verlegung einer Zeitungsplatte“ ein.

„Graphische Anstalt.“ Monatschrift für das gesamte graphische Gewerbe. (Früher „Zeitschrift für Buchdruck, Buchbinderei, Buchschneiderei und Plattenwesen.“ Herausgeber: Hugo Koenigler in Stuttgart. 1932, 33. Jahrgang, Heft 1. Preis 1,00 M.)

„Die Einzelheft-Post.“ Herausgegeben von der Vereinigung der Schriftsetzer in Berlin. Preis 1,00 M. (Verlag: G. m. b. H., Berlin N. 4, Chausseestraße 25, Nr. 31.)

„Die graphische Lage.“ Summariell-statistische Monatschrift für graphische Unternehmen. 6. Jahrgang, Nr. 4. Preis: Einzelheft 1,00 M., Jahrgangsummenpreis 1,50 M. (Verlag: Welt-Verlag, Berlin, 1931.)

„Gewerkschafts-Kalender.“ Monatsheft für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwarg. Verlag: Gewerkschafts-Kalender, Jena, 9. Jahrgang, Band 16. Heft 5. Preis jedes Heftes 1,00 M.

„Volkstanz.“ (Arbeiterzeitung), offizielles Organ des Arbeiter-Adolfbauern, erscheint wöchentlich im Volkstanzverlag, Berlin, N. 4, Lindenstraße 3. Preis pro Monat 90 Pf. und 6 Pf. Anzeigengebühr.

Briefkasten

C. B. in Grünhald (Hof): Versammlungsnote traf einen Tag zu spät ein. Über Geschäftsverläufe berichten wir im allgemeinen nicht. Es sei denn, es käme ein für besonderen Entgegenkommens der betroffenen Firmen ihrem Verhalten neuerlich über in Betracht. — W. A. in D. ist abgewandert. Material zum Nachdruck hat in diesem Monat besonders bezahlte Aufnahme gefunden und ist nunmehr am angesetzt worden. Ihre Anerkennung über den Artikel „Geldlose Arbeit und Körperliche Arbeit“ in Nr. 38 wird dem Verfasser — an dieser Stelle übermittelt, weil sie so mit der von andern aufmerksamen Lesern des

„Storr.“ schon angeforderte verbunden werden kann. Preis: 1,00 M. und beide Verlagsnummern von allen! — W. A. in D. in G.: Nr. 38: 3,00 M., Nr. 39: 3,00 M., Nr. 40: 3,00 M., Nr. 41: 3,00 M., Nr. 42: 3,00 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 2191, 3141 bis 3143. Postkonto: Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamten, 1033, Wehrstr. 34, Wallstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1033 87 (3. Schmeinitz). Geflüßungen an den „Storr.“ auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 298 10 unter „Geldinstitute des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ Berlin SW 61.

Verbandsausflug

Kollegen, die das Verbandsausflug beabsichtigen wollen, müssen sich bis spätestens 11 Uhr vormittags im Zimmer 113, 3. Etage, melden. Es findet nur eine tagelange Ziehung statt; Ausnahmen ohne vorherige Vereinbarung, können nicht mehr gemacht werden.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einnahmen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse): Im Gau Rheinland-Westfalen der Korrektor Ernst Kiffel, geb. in Wiesbaden 1900, anschl. 1918; war schon Mitglied. — Georg Lohmer in Köln, Vereinsnr. 28.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Plan. Die Auszahlung des Reisegeldes (nur an Nicht-berufsberechtigte und Angehörige) geschieht nur in den Stunden von 11 bis 17 und 17 bis 19 Uhr beim städtischen Bürgeramtstraße 14. Vorbrechen zu einer andern Zeit zweifels. Sonnabendmittags und Sonntags keine Auszahlung. — Kempten (Allgäu), Kollege Josef Hof (Sawbuchnummer 25 200) geboren in Wilmshausen, teilte am 9. Mai ohne Nach, aber unter Angabe des Namens eines anderen Kollegen hier ab. Aus dem Ort aus unterm 21. Mai die Mitteilung zu, daß dort dort einen kleinen Betrag entliehen mit der Angabe, nach Karlsruhe reisen zu wollen. Andere Mitglieder sollten hiermit vor Entscheidungen gewarnt.

Versammlungskalender

- Mitersleben, Versammlung Sonntag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, in der „Reichen Laube“.
- Bielefeld, Ortsvereinversammlung Sonntag, den 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der „Lilienhütte“.
- Bezirksverwaltungsmannerversammlung Sonntag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“ in Herford.
- Salzschleier, Versammlung Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Ranachheim, Versammlung Sonntag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zum Reinfelder“.
- Kaufheim, Versammlung Sonntag, den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Grafhof.
- Kaufheim, Sonderkongress Vorkonferenz Sonntag, den 29. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Stadthalle“ in Wiesbaden.
- Drantsburg, Versammlung Sonntag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im „Ravelslohener“, Zellenplatz.
- Planen 18, Versammlung Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zollkern“, Paulusstraße 15.
- Hemfeld, Versammlung Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im Hof Schmeider, Bismarckstraße.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 42

- (25. Mai 1932)
- Artikel: Gewerkschaften und Wirtschaftskrise. — Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung. — Die neuen Unfallversicherungsbedingungen der Reichsversicherungsanstalt.
- Für die Betriebsratstraxie: Anwendung des Härteprinzips. — Stützungsvereinbarung und Konturs. — Betriebsvereinbarung. — Stützungsvereinbarung. — Stützungsvereinbarung. — Stützungsvereinbarung.
- Korrespondenzen: Bielefeld (Dr.). — Essen. — Stuttgart (St.). — Wiesbaden.
- Rundschau: „Zeitworte!“ im Äußersten Schandenschauspiel. — Wegen den Abban überzähliger Entlohnung. — Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. — Unbeachtete Betriebsratshilfe. — „Anstellung“, „Zahl und Maß“. — Beschäftigung in Sicht. — Protest der Gewerkschaften. — Die Weltproduktion auf dem Stand von 1913. — Kleine politische Zeitnotizen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art. **Anzeigen** Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Der Versand

der Bücher für das 2. Quartal 1932 hat begonnen. Wie bitten alle Vertrauensleute, die ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, dieses nachzuholen, damit die Mitglieder noch vor Beginn der Ferien in den Besitz der Bücher kommen. Die neue Prämie für Werbung eines Mitgliedes

General und die Frauen

von Walther Victor ist soeben erschienen

Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 68

Handsekerbereinigung Gau Mittelhessen

Unstuflich der Vorstandskonferenz am 23. Mai in Wiesbaden, findet vom 27. bis 29. Mai, in der „Stadthalle“ (Eingang Sonnenbergstraße) eine

Allgemeine Versammlung

unter Mitwirkung des Gesamtvereins „Gutenberg“, Wiesbaden statt. — Der Schriftleiter des „Handseker“, Kollege Artur Pöschel (Berlin), spricht über:

Wirtschaftskrise, Verband und Sparten

Die Kollegen des Gau's Mittelhessen, insbesondere der Zweigte Mittelhessen und Wiesbaden, sind hierzu freundlichst eingeladen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Schriftschreiben

Es auch heute noch für jeden Buchdrucker wichtig; deshalb sollte er es nicht verpassen, an den Fortbildungsbücherei des Deutschen Buchdruckers (Berlin SW 61), Dreilindenstraße 5, teilzunehmen.

Karl Emil Heinze

im Alter von 65 Jahren. Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm [30] die Kollegen der Firma Bernh. Meyer, Ombf., Zelpzig.

Zeitungsmappe

Am 20. Mai verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Dermatologiewerker

Karl Emil Heinze

im Alter von 48 Jahren. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Otdorverein Jersb. Bildungsgesellschaft d. D. D. Ortsgruppe Jersb.

Verlag: Kreuzhandvermittlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5 • Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schaeffer, Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5 • Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5 • Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 2191, 3141-3145 • Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5

Der Versand
 der Bücher für das 2. Quartal 1932 hat begonnen. Wie bitten alle Vertrauensleute, die ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, dieses nachzuholen, damit die Mitglieder noch vor Beginn der Ferien in den Besitz der Bücher kommen. Die neue Prämie für Werbung eines Mitgliedes

General und die Frauen
 von Walther Victor ist soeben erschienen

Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 68

Handsekerbereinigung Gau Mittelhessen
 Unstuflich der Vorstandskonferenz am 23. Mai in Wiesbaden, findet vom 27. bis 29. Mai, in der „Stadthalle“ (Eingang Sonnenbergstraße) eine

Allgemeine Versammlung
 unter Mitwirkung des Gesamtvereins „Gutenberg“, Wiesbaden statt. — Der Schriftleiter des „Handseker“, Kollege Artur Pöschel (Berlin), spricht über:

Wirtschaftskrise, Verband und Sparten
 Die Kollegen des Gau's Mittelhessen, insbesondere der Zweigte Mittelhessen und Wiesbaden, sind hierzu freundlichst eingeladen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Neu!
 150 packende Satzbeispiele

aus allen Gebieten des modernen Akzidenzwesens, jede Arbeit in vier bis acht verschiedenen Ausführungen, finden Sie in dem jetzt neu erschienenen

Satz- und Druckmusterheft 1932

Es bietet zunächst vielseitige Anregungen für die moderne Druckschengestaltung.
 Format 230x310 mm, Gewicht etwa 1 kg, Preis bei Voreinsendung des Betrags 3 M., Ausland 4 M.

DEUTSCHER DRUCKER · BERLIN SW 61

Derzeitige Bildung
 Verlag des Bildungsbundes
 der D. B., Ombf., Berlin SW 61.

Zeitungsmappe
 Am 20. Mai verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Dermatologiewerker

Karl Emil Heinze
 im Alter von 65 Jahren. Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm [30] die Kollegen der Firma Bernh. Meyer, Ombf., Zelpzig.

Zeitungsmappe
 Am 27. Mai verstarb nach längerem, schmerzhaftem Leiden unser Kollege, der

Gustav Hüh
 im Alter von 48 Jahren. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Otdorverein Jersb. Bildungsgesellschaft d. D. D. Ortsgruppe Jersb.

Lungenleidenden auch Tuberkulose und allen an den Lungen leidenden Organen Leidenden teils fast kostenlos mit, wie zu rascher Besserung zu verhelfen ist. Otto Pöschel, München, Hans-Melchior-Str. 10/10.

Am 10. Mai verstarb an Bluthochdruck unser lieber Kollege, der Stereotypensetzer

Albert Fuchs
 im Alter von 60 Jahren. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Vereinigung des Stereotypensetzers und Galvano-plastiker im Gau Württemberg.

Am 17. Mai verstarb ganz plötzlich durch tragisches Geschick unser lieber Kollege, der Setzmaschinenarbeiter

Friedr. Hilmann
 aus Nürnberg, im Alter von 64 Jahren. Er gehörte unserer Organisation 45 Jahre an. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Mitgliederschaft Nürnberg-Gürtel.

Am 13. Mai verstarb im Alter von 84 Jahren nach 60jähriger Mitgliedschaft der Ehegattin

Gustav Hüh
 langjähriger Mitarbeiter der Firma Radell & Gulle in Zerpzig. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [31] der Vereinigung des Stereotypensetzers und Galvano-plastiker im Gau Württemberg.

Am 15. Mai verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenführer

Paul Knof
 aus Weida i. Thüringen, im Alter von 63 Jahren, nach 44jähriger Mitgliedschaft. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirks- und Ortsverein Gera.